



Dresdner Straße 70 - 1200 Wien

AMA-Gesetz

Geschäftsordnung der Agrarmarkt Austria

Geschäftsordnung des AMA-Vorstandes

Stand

01. Jänner 2015

INHALTSVERZEICHNIS

I.	AMA-Gesetz 1992, BGBl. Nr. 376/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 46/2014	3
II.	Geschäftsordnung der Agrarmarkt Austria Verlautbarungsblatt der AMA Nr. 7/2013	33
III.	Geschäftsordnung des AMA-Vorstandes Verlautbarungsblatt der AMA Nr. 8/2014	47

I. AMA-Gesetz 1992, BGBl. Nr. 376/1992,
zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 46/2014

§ 1.¹⁰⁾ (Verfassungsbestimmung). Die Erlassung, Änderung und Aufhebung von Vorschriften, wie sie im vorliegenden Bundesgesetz enthalten sind, sowie deren Vollziehung sind auch in den Belangen Bundessache, hinsichtlich derer das B-VG etwas anderes vorsieht. Soweit durch Bundesgesetz oder durch Verordnungen, die auf Grund von Bundesgesetzen erlassen werden, Aufgaben an die Agrarmarkt Austria (AMA) übertragen werden, können diese Angelegenheiten von der AMA unmittelbar als Bundesbehörde besorgt werden.

Rechtsform, Name, Sitz

§ 2. (1) Unter der Bezeichnung „Agrarmarkt Austria“ (AMA) wird eine juristische Person des öffentlichen Rechts eingerichtet. Die AMA tritt an die Stelle des Milchwirtschaftsfonds, des Getreidewirtschaftsfonds, des Mühlenfonds und der Vieh- und Fleischkommission beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft einschließlich der Unterkommission.

(2) Die AMA hat ihren Sitz in Wien. Sie ist berechtigt, das Bundeswappen zu führen. Ihr Wirkungsbereich erstreckt sich auf das gesamte Bundesgebiet.

(3) Die AMA ist berechtigt, soweit dies die Raschheit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Durchführung von Aufgaben erfordert, Außenstellen in anderen Gemeinden des Bundesgebietes zu errichten.

(4) Die behördliche Zuständigkeit der AMA beginnt - soweit in diesem Bundesgesetz nicht anderes verfügt wird - mit 1. Juli 1993.

1. ABSCHNITT¹⁾

Aufgaben

§ 3. (1) Die AMA hat im eigenen Wirkungsbereich folgende Aufgaben zu vollziehen:

1. Zentrale Markt- und Preisberichterstattung über in- und ausländische Märkte betreffend agrarische Produkte, daraus hergestellte Verarbeitungserzeugnisse und landwirtschaftliche Produktionsmittel,
2. Maßnahmen zur Qualitätssteigerung, wie insbesondere Entwicklung und Anwendung von Qualitätsrichtlinien für agrarische Produkte und daraus hergestellte Verarbeitungserzeugnisse,
3. Förderung des Agrarmarketings.

(2) Die AMA hat im übertragenen Wirkungsbereich folgende Aufgaben zu vollziehen:

1. Alle Aufgaben, die vom Milchwirtschaftsfonds und vom Getreidewirtschaftsfonds im Rahmen des Marktordnungsgesetzes 1985, vom Mühlenfonds im Rahmen des Mühlengesetzes 1981 und von der Vieh- und Fleischkommission beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft oder deren Unterkommission im Rahmen des Viehwirtschaftsgesetzes 1983 zu vollziehen sind,
2. sonstige Aufgaben, die auf Grund anderer Bundesgesetze oder auf Grund von Verordnungen der AMA zur Vollziehung übertragen werden,

- 3.⁶⁾ Abwicklung der Förderungsverwaltung im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik, soweit sie vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft der AMA übertragen wird.

Organe

§ 4. (1)⁸⁾ Organe der AMA sind

1. der Vorstand,
2. der Verwaltungsrat und
3. der Kontrollausschuss.

(2) Die Mitglieder der Organe müssen zum Nationalrat wählbar sein.

Vorstand

§ 5. (1) Der Vorstand besteht aus bis zu vier Mitgliedern. Ein Vorstandsmitglied übt auch die Funktion des Vorstandsvorsitzenden aus.

(2) Der Verwaltungsrat hat nach Durchführung einer Ausschreibung gemäß den §§ 6 bis 10 geeignete Personen für die Dauer von fünf Jahren als Mitglieder des Vorstands zu bestellen. Eine neuerliche Betrauung ist zulässig.

(3) Ferner hat der Verwaltungsrat ein Mitglied des Vorstands für die Dauer seiner Funktionsperiode auch mit der Funktion des Vorstandsvorsitzenden zu betrauen.

(4)¹⁾ Die Mitglieder des Vorstands führen die Geschäfte der AMA und verwalten das Vermögen der AMA in eigener Verantwortung. Sie vertreten die AMA gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand faßt gültige Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorstandsvorsitzenden den Ausschlag. Durch die Geschäftsordnung können dem Vorstand oder einzelnen Vorstandsmitgliedern Aufgaben zur selbständigen Entscheidung übertragen werden, soweit es das Interesse an einer raschen Geschäftsabwicklung erfordert und es sich nicht um Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung handelt. Der Vorstand ist insbesondere für die Vergabe der Mittel im eigenen Wirkungsbereich der AMA sowie für die allfällige Erteilung von Aufträgen an einschlägige Unternehmen zur Durchführung von Maßnahmen im eigenen Wirkungsbereich zuständig. Der Vorstand und die einzelnen Mitglieder des Vorstands haben die Beschlüsse der übrigen Organe der AMA durchzuführen. Durch die Geschäftsordnung kann die Zuständigkeit zur Vergabe von Mitteln im eigenen Wirkungsbereich auch einzelnen Vorstandsmitgliedern übertragen werden.

(5) Dem Vorstandsvorsitzenden kommt die Zeichnungsberechtigung für Angelegenheiten grundsätzlicher Bedeutung oder für Angelegenheiten, die sämtliche Geschäftsbereiche betreffen, zu. Die einzelnen Vorstandsmitglieder sind in ihrem jeweiligen Geschäftsbereich oder für jene Angelegenheiten, mit deren selbständiger Erledigung sie betraut sind, zeichnungsberechtigt.

(6) Die einzelnen Vorstandsmitglieder sind im Fall der Verhinderung wechselseitig zur Vertretung befugt.

(7) Der Vorstand, einzelne Mitglieder des Vorstands oder der Vorstandsvorsitzende sind vom Verwaltungsrat abzurufen,

1. wenn ein wichtiger Grund, wie insbesondere grobe Pflichtverletzung oder Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung vorliegt,
2. wenn die Wählbarkeit zum Nationalrat verloren geht,
3. wenn das jeweilige Mitglied verzichtet,
4. wenn ihnen der Verwaltungsrat das Mißtrauen ausspricht oder
5. bei dauernder Dienstunfähigkeit oder wenn das jeweilige Mitglied infolge Krankheit, Unfall oder eines Gebrechens mehr als ein halbes Jahr vom Dienst abwesend und dienstunfähig ist.

(8) Die Funktion als Mitglied des Vorstands oder als Vorstandsvorsitzender erlischt mit dem Tod der jeweiligen Person.

(9)⁶⁾ Wird einer gemäß § 27 erteilten Weisung nicht entsprochen, kann der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft den Verwaltungsrat auffordern, über eine Abberufung des Vorstandes oder einzelner Vorstandsmitglieder oder des Vorstandsvorsitzenden zu beschließen. Der Verwaltungsrat hat einen Beschluß, mit dem der Aufforderung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft nicht entsprochen wird, zu begründen. Faßt der Verwaltungsrat innerhalb von drei Monaten nach der Aufforderung durch den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft keinen gültigen Beschluß, geht die Zuständigkeit zur Entscheidung über die Abberufung an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über.

Ausschreibung des Vorstands

§ 6. (1) Vor der Betrauung einer Person mit der Funktion eines Vorstandsmitglieds ist die betreffende Funktion auszuschreiben.

(2) Die Ausschreibung hat der Verwaltungsrat zu veranlassen.

(3) Die Ausschreibung hat neben den Aufnahmeerfordernissen jene besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten zu enthalten, die für die Erfüllung der mit der ausgeschriebenen Funktion verbundenen Anforderungen von den Bewerbern erwartet werden. Diese besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten sind in Übereinstimmung mit den vorgesehenen Aufgaben festzulegen. Die Ausschreibung hat darüberhinaus über die Aufgaben des Inhabers der ausgeschriebenen Funktion Aufschluß zu geben.

(4) Die Ausschreibung hat möglichst drei Monate vor, spätestens jedoch innerhalb eines Monats nach Freiwerden der Funktion zu erfolgen.

(5) Die Ausschreibung hat jedenfalls im „Amtsblatt zur Wiener Zeitung“ zu erfolgen. Sie kann daneben auch auf andere geeignete Weise verlautbart werden.

(6) Für die Überreichung der Bewerbungsgesuche ist eine Frist zu setzen, die nicht weniger als einen Monat betragen darf.

§ 7. (1) Die Bewerber haben in ihrem Bewerbungsgesuch die Gründe anzugeben, die sie für die Ausübung der Funktion als geeignet erscheinen lassen.

(2) Die Bewerbungsgesuche sind unmittelbar bei der AMA einzubringen.

§ 8. Der Vorsitzende des Verwaltungsrats und dessen Stellvertreter haben nach den erforderlichen Erhebungen und unter Berücksichtigung ihrer Ergebnisse innerhalb von zwei Monaten ab dem Ablauf der Bewerbungsfrist dem Verwaltungsrat einen Besetzungsvorschlag zu erstatten.

§ 9. Der Inhalt und die Auswertung der Bewerbungsgesuche sowie das Bewerbungsgespräch sind vertraulich zu behandeln. Über sie ist gegen jedermann, dem gegenüber keine Verpflichtung zu einer amtlichen Mitteilung besteht, Stillschweigen zu bewahren.

§ 10. (1) Die Bewerber haben keinen Rechtsanspruch auf Betrauung mit der ausgeschriebenen Funktion. Sie haben keine Parteistellung.

(2) Nach der Bestellung eines Bewerbers zu einem Vorstandsmitglied hat der Verwaltungsrat alle Bewerber, die nicht berücksichtigt worden sind, hievon formlos zu verständigen.

Verwaltungsrat

§ 11 (1)⁸⁾ Mitglieder des Verwaltungsrats sind:

1. drei Vertreter der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs (Landwirtschaftskammer Österreich - LKÖ), darunter der Vorsitzende,
2. drei Vertreter der Bundesarbeitskammer, darunter der erste Stellvertreter des Vorsitzenden,
3. drei Vertreter der Wirtschaftskammer Österreich, darunter der zweite Stellvertreter des Vorsitzenden und
4. drei Vertreter des Österreichischen Gewerkschaftsbunds, darunter der dritte Stellvertreter des Vorsitzenden.

(2) An den Sitzungen des Verwaltungsrats nehmen die Mitglieder des Vorstands mit beratender Stimme teil.

(3)⁶⁾ Die in Abs. 1 genannten Mitglieder werden vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft auf Vorschlag der jeweils entsendungsberechtigten Stelle bestellt. Ist ein vorgeschlagenes Mitglied nicht zum Nationalrat wählbar, hat der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft mit Bescheid dessen Bestellung abzulehnen. In diesem Verfahren ist jene entsendungsberechtigte Stelle Partei, die diese Person namhaft gemacht hat.

(3a)⁸⁾ Für die mit Wirksamkeit vom 1. August 2007 geänderte Zusammensetzung des Verwaltungsrats haben die gemäß Abs. 1 entsendenden Stellen bis 8. August 2007 die aus dem Verwaltungsrat ausscheidenden Mitglieder bekannt zu geben.

(4)⁶⁾ Vor Aufnahme ihrer Tätigkeit sind die Mitglieder vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft anzugeloben. Mit ihrer Angelobung erlangen die Mitglieder die Stellung, für die sie namhaft gemacht worden sind.

(5) Die Mitgliedschaft erlischt,

1. wenn jene Stelle, die das Mitglied namhaft gemacht hat, die Namhaftmachung widerruft,
2. im Falle des Verzichts,
3. durch Tod,

4. bei dauernder Unfähigkeit zur Ausübung der Mitgliedschaft oder
5. wenn die Wählbarkeit zum Nationalrat verloren geht.

(6) In gleicher Weise wie die Mitglieder ist eine der Mitgliederzahl entsprechende Zahl von Ersatzmitgliedern zu bestellen, die wahlweise zur Vertretung berufen sind. Bezüglich der Ersatzmitglieder sind die Abs. 3 bis 5 anzuwenden. Im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden oder eines Vorsitzenden-Stellvertreters hat das für ihn eintretende Ersatzmitglied nur die Befugnisse eines einfachen Mitglieds.

Rechte und Aufgaben des Verwaltungsrats

§ 12. Der Verwaltungsrat

1. bestellt die Mitglieder des Vorstands und den Vorstandsvorsitzenden und schließt die Dienstverträge mit ihnen ab,
2. erläßt die Geschäftsordnung und deren Änderungen,
3. beschließt den Finanzplan und den Jahresabschluß,
4. erläßt grundsätzliche Richtlinien für die Tätigkeit des Vorstands,
5. überwacht die Geschäftsführung des Vorstands,
6. kann sich bei Maßnahmen der Geschäftsführung, die besondere Bedeutung oder Auswirkungen haben, das Zustimmungsrecht vorbehalten. Derartige Maßnahmen sind insbesondere der Erwerb, die Veräußerung und die Belastung von Liegenschaften sowie Investitionen, die bestimmte Anschaffungskosten im einzelnen und insgesamt in einem Geschäftsjahr übersteigen,
- 7.⁸⁾ setzt einen Kontrollausschuß zur Prüfung der Gebarung der AMA und des Jahresabschlusses ein, bestellt dessen Mitglieder sowie dessen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter und beruft sie ab,
- 8.⁸⁾ unterbreitet dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft Vorschläge in Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Märkte,
- 9.⁸⁾ vollzieht die Aufgaben des eigenen Wirkungsbereichs, soweit hiefür nicht der Vorstand zuständig ist,
- 10.⁸⁾ kann durch Verordnung nähere Vorschriften erlassen, die für die Markt- und Preisberichterstattung gemäß § 3 Abs. 1 zur Wahrnehmung der durch Gesetz oder Verordnungen übertragenen Aufgaben notwendig sind und soweit keine Verordnungen gemäß § 23 MOG 2007 zu erlassen sind und
- 11.⁸⁾ kann Fachbeiräte einsetzen, wobei diese Fachbeiräte aus mindestens je einem Vertreter der in § 11 Abs. 1 genannten Stellen bestehen und den Vorsitz ein von der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs (Landwirtschaftskammer Österreich - LKÖ) namhaft gemachtes Mitglied führt. Die näheren Bestimmungen sind in der Geschäftsordnung festzulegen. Für die Teilnahme an den Sitzungen ist hinsichtlich der Reise und Aufenthaltsgebühren § 13 Abs. 2 anzuwenden.

Entschädigung des Verwaltungsrats

§ 13. (1)⁶⁾ Die Mitglieder des Verwaltungsrats haben Anspruch auf eine angemessene Entschädigung, die aus eigenen Mitteln der AMA zu bedecken ist. Ihre Höhe wird im Einzelfall vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen festgesetzt.

(2)²⁾ Die Ersatzmitglieder sind ehrenamtlich tätig und haben Anspruch auf Reise- und Aufenthaltsgebühren sowie allfällige Sitzungsgelder, die durch die Geschäftsordnung festzulegen sind, wobei für Reise- und Aufenthaltsgebühren höchstens die für die

Gebührenstufe 3 der Reisegebührenvorschrift 1955, BGBl. I Nr. 133/1997, in der jeweils geltenden Fassung vorgesehenen Sätze festgelegt werden können.

Sitzungen des Verwaltungsrats

§ 14. (1) Der Vorsitzende hat die Sitzungen des Verwaltungsrats durch rechtzeitige Einladung aller Mitglieder einzuberufen. Gleichzeitig hat er die vorläufige Tagesordnung bekanntzugeben.

(2) Der Verwaltungsrat ist beschlußfähig, wenn mindestens drei Viertel der Mitglieder, unter denen sich der Vorsitzende oder ein Stellvertreter befinden muß, anwesend sind. Ist die Mitgliedschaft eines Mitglieds erloschen und wurde ein Nachfolger noch nicht bestellt, verringert sich bis zur Neubestellung die Gesamtzahl der Mitglieder entsprechend.

(3) Der Verwaltungsrat faßt gültige Beschlüsse mit einer Mehrheit von vier Fünfteln der abgegebenen Stimmen.

(4) Beschlüsse des Verwaltungsrats sind vom Vorsitzenden oder im Verhinderungsfall von dessen Stellvertreter zu unterzeichnen.

(5)¹⁰⁾ Zu den Sitzungen des Verwaltungsrats sind der Vorsitzende des Zentralbetriebsrats, oder wenn nur ein Betriebsrat besteht, der Vorsitzende des Betriebsrats sowie ein weiteres vom Zentralbetriebsrat bzw. Betriebsrat namhaft gemachtes Mitglied einzuladen. Ebenso sind ihnen die Sitzungsprotokolle und sonstigen Sitzungsunterlagen zur Verfügung zu stellen. Über vertrauliche Angaben haben sie Stillschweigen zu bewahren.

§§ 15 und 16⁸⁾

Kontrollausschuß

§ 17. (1)⁶⁾ Der Kontrollausschuß besteht aus je zwei Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der in § 11 Abs. 1 genannten Stellen. Hierbei ist § 11 Abs. 3 und 4 mit der Maßgabe anzuwenden, daß an die Stelle des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft der Verwaltungsrat tritt. Ferner ist § 11 Abs. 5 und 6 anzuwenden.

(2) Den Vorsitz im Kontrollausschuß führt jeweils ein von der Bundesarbeitskammer namhaft gemachtes Mitglied. Hinsichtlich dessen Stellvertreter legt die Geschäftsordnung die gemäß § 11 Abs. 1 entsendungsberechtigte Stelle fest, von der dieser Stellvertreter namhaft zu machen ist.

(3) Die Ersatzmitglieder sind wahlweise zur Vertretung der Mitglieder berufen. Im Falle der Verhinderung des Vorsitzenden oder dessen Stellvertreters hat das für ihn eintretende Ersatzmitglied nur die Befugnisse eines einfachen Mitglieds.

(4)¹⁾ Der Vorsitzende und dessen Stellvertreter haben Anspruch auf eine angemessene Entschädigung. § 13 Abs. 1 ist dabei anzuwenden. Die übrigen Mitglieder und Ersatzmitglieder des Kontrollausschusses sind ehrenamtlich tätig. § 13 Abs. 2 ist für die übrigen Mitglieder und Ersatzmitglieder anzuwenden.

(5) Der Kontrollausschuß ist beschlußfähig, wenn mindestens drei Viertel der Mitglieder, unter denen sich der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter befinden muß, anwesend sind. Gültige Beschlüsse sind mit einfacher Stimmenmehrheit zu fassen. Mitglieder des

Kontrollausschusses, deren Anträge nicht die erforderliche Mehrheit erreicht haben, können die Aufnahme eines Minderheitsberichts in den Bericht gemäß Abs. 6 verlangen.

(6) Der Kontrollausschuß hat die Gebarung und den Jahresabschluß zu prüfen und darüber dem Verwaltungsrat einen Bericht zu erstatten.

(7)⁸⁾ Mitglieder (Ersatzmitglieder) des Kontrollausschusses dürfen nicht Mitglied des Vorstands oder des Verwaltungsrats sein.

Einschaltung von Wirtschaftsprüfern und Auskunftspflicht des Vorstandes

§ 18. (1)⁸⁾ Der Jahresabschluß der gemäß § 39a errichteten Gesellschaften ist durch einen beideten Wirtschaftsprüfer und Steuerberater oder eine Wirtschaftsprüfer- und Steuerberatungsgesellschaft zu prüfen.

(2)⁶⁾ Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, der Bundesminister für Finanzen, der Vorstand oder der Verwaltungsrat können beedete Wirtschaftsprüfer und Steuerberater oder eine Wirtschaftsprüfer- und Steuerberatungsgesellschaft mit der Prüfung der Gebarung beauftragen, wenn es insbesondere aus Gründen der Überprüfung der Sparsamkeit und Effizienz der Verwendung von Mitteln und des Arbeitsumfanges notwendig erscheint.

(3)⁶⁾ Die Wirtschaftsprüfer können vom Vorstand alle Aufklärungen und Nachweise verlangen, welche die sorgfältige Erfüllung ihrer Prüfungspflicht erfordert. Im Bericht ist insbesondere festzustellen, ob die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht, soweit er den Jahresabschluß erläutert, den einschlägigen Vorschriften entsprechen und der Vorstand die verlangten Aufklärungen und Nachweise erbracht hat. Der Bericht ist dem Vorstand, dem Verwaltungsrat und den Bundesministern für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und für Finanzen vorzulegen.

Finanzplan (Voranschlag)⁴⁾

§ 19. (1)⁴⁾ Der Vorstand hat für jedes Finanzjahr (=Kalenderjahr) einen Finanzplan (einschließlich des Personalplanes) aufzustellen, der bei Vorliegen der Zustimmung gemäß Abs. 5 und 6 bei der Haushaltsführung und Personalbewirtschaftung eine bindende Grundlage darstellt.

(2)⁸⁾ Im Finanzplan sind – mit Ausnahme der der gemäß § 39a errichteten Gesellschaften zur Verfügung stehenden Mittel und der aus dem Gemeinschaftshaushalt sowie der von Bund und Ländern zur Abwicklung von gemeinschaftsrechtlichen Maßnahmen oder sonstigen Förderungsmaßnahmen zur Verfügung zu stellenden Mittel – sämtliche im folgenden Jahr zu erwartenden Einnahmen und voraussichtlich zu leistenden Ausgaben der AMA voneinander getrennt in voller Höhe (brutto) aufzunehmen. Die Voranschlagsbeträge sind zu errechnen, wenn dies nicht möglich ist, zu schätzen.

(3)⁴⁾ Durch den Personalplan des jährlichen Finanzplanes ist die zulässige Anzahl der Bediensteten der AMA festzulegen. Hiebei dürfen Planstellen nur in der Art und Anzahl vorgesehen werden, die zur Bewältigung der Aufgaben der AMA zwingend notwendig sind.

(4)⁸⁾ Der Finanzplan für das nächste Jahr (einschließlich des Personalplanes) ist samt Erläuterung dem Verwaltungsrat bis 30. Juni des laufenden Jahres zur Beschlussfassung

vorzulegen. Der Beschluss des Verwaltungsrates ist dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und dem Bundesminister für Finanzen bis spätestens 15. Juli des laufenden Jahres zu übermitteln. Soweit dies zur Erstellung des Bundeshaushalts erforderlich erscheint, hat die AMA auf Aufforderung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft vor dem im ersten Satz genannten Termin eine Schätzung des Mittelbedarfs vorzulegen.

(5)⁸⁾ Der Finanzplan (einschließlich des Personalplanes) bedarf vor seinem Wirksamwerden der Zustimmung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und des Bundesministers für Finanzen. Die Zustimmung gilt als erteilt, wenn sie nicht bis 31. Oktober des laufenden Jahres versagt wird.

(6)⁶⁾ Für Änderungen des Finanzplanes (einschließlich des Personalplanes) sind die Abs. 4 und 5 mit der Maßgabe anzuwenden, daß die Änderungen unverzüglich nach Beschlußfassung den Bundesministern für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und für Finanzen vorzulegen sind und die Zustimmung als erteilt gilt, wenn sie nicht binnen eines Monats nach Einlangen des schriftlichen Beschlusses bei den Bundesministern (Datum des Eingangsstempels) versagt wird.

(7)⁴⁾ Durch eine im Finanzplan (einschließlich des Personalplanes) angeführte bindende Grundlage werden Ansprüche oder Verbindlichkeiten weder begründet noch aufgehoben.

(8)⁶⁾ Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft hat im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen unter sinngemäßer Heranziehung der haushaltsrechtlichen Vorschriften des Bundes durch Verordnung nähere Bestimmungen über die inhaltliche Ausgestaltung des Finanzplanes und des Personalplanes sowie hinsichtlich der Mittelanforderung und –bereitstellung und sonstiger damit in Zusammenhang stehender Meldungen zu erlassen.

Zeitliche Abgrenzung⁴⁾

§ 19a.⁸⁾

Ermächtigung zur Kreditaufnahme⁴⁾

§ 19b.⁸⁾ Die AMA wird ermächtigt, zur Finanzierung der Durchführung von Maßnahmen im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisationen gemäß MOG 2007 Kredite aufzunehmen. Die Kreditaufnahme erfolgt in dem Umfang, in dem Ausgaben geleistet werden müssen und entsprechende Mittel aus dem Gemeinschaftshaushalt noch nicht zur Verfügung gestellt sind. Zur Aufnahme der Kredite ist die Zustimmung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und des Bundesministers für Finanzen erforderlich.

Jahresabschluß

§ 20 (1)⁸⁾ Der Jahresabschluss des Haushaltsbereiches und der Lagebericht sind unter sinngemäßer Anwendung der §§ 189 – ausgenommen § 198 Abs. 8 Z 4 lit. b) - bis 243 Unternehmensgesetzbuch - UGB, dRGrBl. S. 219/1897 in der jeweils geltenden Fassung, zu erstellen und durch einen Abschlussprüfer unter sinngemäßer Anwendung der §§ 268 bis 276 UGB zu prüfen.

(2)⁴⁾ Der Jahresabschluß ist dem Verwaltungsrat vom Vorstand zur Beschlußfassung vorzulegen. Vor Beschlußfassung über den Jahresabschluß hat der Kontrollausschuß dem Verwaltungsrat über das Ergebnis seiner Prüfung des Jahresabschlusses zu berichten.

(3)⁴⁾ Bei ordnungsgemäßer Geschäftsführung hat der Verwaltungsrat den Vorstand zu entlasten.

(4)⁸⁾ Der Vorstand hat den Jahresabschluss und den Lagebericht und, soweit ein Entlastungsbeschluss vorliegt, den Entlastungsbeschluss des Verwaltungsrates bis 31. Mai des nachfolgenden Jahres dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und dem Bundesminister für Finanzen vorzulegen. Die Entlastung wird nur wirksam, wenn sie von beiden Bundesministern bestätigt worden ist. Diese Bestätigung gilt als erteilt, wenn sie nicht binnen eines Monats nach Einlangen des schriftlichen Entlastungsbeschlusses bei den Bundesministern (Datum des Poststempels) versagt wird.

Rechnungshofkontrolle

§ 20a. Die Gebarung der AMA unterliegt der Prüfung durch den Rechnungshof.

Haushaltsgrundsätze⁴⁾

§ 21. Die Organe der AMA haben für die Haushaltsführung die Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu beachten.

2. ABSCHNITT¹⁾

Beitragszweck⁸⁾

§ 21a. (1)⁸⁾ Der Agrarmarketingbeitrag (im folgenden Beitrag genannt) wird für folgende Zwecke erhoben:

1. zur Förderung und Sicherung des Absatzes von land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen und daraus hergestellten Erzeugnissen;
2. zur Erschließung und Pflege von Märkten für diese Erzeugnisse im In- und Ausland;
3. zur Verbesserung des Vertriebs dieser Erzeugnisse;
4. zur Förderung von allgemeinen Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung und -sicherung bezüglich dieser Erzeugnisse (insbesondere der entsprechenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse) sowie zur Vermittlung von für die Verbraucher relevanten Informationen hinsichtlich Qualität, Aspekte des Verbraucherschutzes und des Wohlergehens der Tiere sowie sonstiger Produkteigenschaften dieser Erzeugnisse;
5. zur Förderung sonstiger Marketingmaßnahmen (insbesondere damit zusammenhängender Serviceleistungen und Personalkosten).

(2)⁸⁾ Im Rahmen der Maßnahmen gemäß Abs. 1 wird die AMA ermächtigt, Richtlinien für die Vergabe und Verwendung von Gütezeichen zur Kennzeichnung qualitativ hochwertiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse und daraus hergestellter Erzeugnisse festzulegen. Diese Richtlinien bedürfen der Zustimmung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Die Zustimmung gilt als erteilt, sofern innerhalb einer Frist von einem Monat ab Einlangen kein schriftlicher Widerspruch durch den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft erfolgt.

Begriffsbestimmungen

§ 21b.¹⁾ Im Sinne dieses Abschnitts sind:

1. Milch: Kuhmilch, frisch, weder eingedickt noch gezuckert;
2. Versand: die Übernahme von Milch und deren Weiterleitung zur Bearbeitung oder Verarbeitung;
- 3.⁸⁾ Bearbeitungs- und Verarbeitungsbetrieb:
Abnehmer im Sinne des Art. 5 lit. e der Verordnung (EG) Nr. 1788/2003 über die Erhebung einer Abgabe im Milchsektor (ABl. Nr. L 270 vom 21.10.2003, S. 123);
4. Getreide: Weizen, Roggen, Gerste, Mais, Hafer, Triticale und Menggetreide, für den menschlichen Genuß;
5. Handelsvermahlung: jede Vermahlung, die keine Lohnvermahlung für landwirtschaftliche Selbstversorger ist;
6. Schlachtgeflügel: Masthühner und Truthühner, die zum Schlachten bestimmt sind;
7. Legehennen: Hennen ab dem ersten Legebeginn;
- 8.¹⁰⁾ Kälber: Jungrinder bis zu acht Monaten, die zum Schlachten bestimmt sind;
9. Obst: Kern-, Stein- und Beerenobst;
10. Gartenbauerzeugnisse: Schnittblumen, Zierpflanzen, Zier- und Nutzgehölze oder deren Pflanzgut (ausgenommen Forstpflanzgut);
11. Großhandel: Weiterverkauf einer Ware ohne eigene Bearbeitung oder Verarbeitung an andere als an Letztverbraucher;
12. Übernahme: Erwerb der Verfügungsmacht über eine Ware;
13. Erzeugerzusammenschluß: Vereinigung mehrerer Erzeuger in welcher Rechtsform auch immer zum Zweck der gemeinsamen Vermarktung von Obst, Gemüse und Kartoffeln;
- 14.¹⁰⁾ Wein: Wein, Landwein, Qualitätswein, Schaumwein, Schaumwein mit zugesetzter Kohlensäure, Perlwein, Perlwein mit zugesetzter Kohlensäure und Sturm im Sinn der Gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte und des österreichischen Weingesetzes;
- 15.¹⁰⁾ Ernte- und Erzeugungsmeldung: Meldung gemäß der Gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte und des österreichischen Weingesetzes;
- 16.¹⁰⁾ Bestandsmeldung: Meldung gemäß der Gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte und des österreichischen Weingesetzes;
- 17.¹⁰⁾ Begleitpapiere: Papiere gemäß der Gemeinsamen Organisation der Agrarmärkte und des österreichischen Weingesetzes.

Beitragsgegenstand

§ 21c. (1)¹⁾ Bei

1. Übernahme von Milch zum Versand oder zur Bearbeitung oder Verarbeitung,
2. Vermahlung von Getreide im Rahmen einer Handelsvermahlung,
3. Schlachtung von Rindern, Kälbern, Schweinen, Lämmern, Schafen und Schlachtgeflügel,
4. Haltung von Legehennen zur Erzeugung von Hühnereiern,
- 5.³⁾ Erzeugung von Gemüse und Obst,
- 6.³⁾ Erzeugung von Kartoffeln (ausgenommen Kartoffeln zur Stärke- und Alkohol-erzeugung),
7. Erzeugung oder Kultivierung von Gartenbauerzeugnissen,
- 8.¹⁰⁾ Ernte einer Traubenmenge pro Weinwirtschaftsjahr (1. August bis 31. Juli), die mehr als 3 000 l Wein entspricht,

- 9.¹⁰⁾ Abfüllung und Verkauf von mehr als 3 000 l Wein in Behältnissen mit einem Inhalt bis zu 60 l sowie Verbringung oder Export von Wein in Behältnissen mit einem Inhalt über 60 l außerhalb des Bundesgebietes und

ist nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen ein Beitrag zu entrichten.

(2)¹⁾ Auf eingeführte Waren mit Ursprung im Ausland werden keine Beiträge erhoben, wenn vom Beitragsschuldner der Ursprung im Ausland nachgewiesen wird.

(3)¹⁰⁾ Auf außerhalb des Bundesgebiets verbrachten oder exportierten Wein wird kein Beitrag erhoben, wenn vom Beitragsschuldner nachgewiesen wird, dass dieser Wein im Ausland nicht als Wein im Sinne des § 21b Z 14 in Behältnissen mit einem Inhalt unter 60 l vermarktet wird.

Beitragshöhe⁸⁾

§ 21d. (1)¹⁰⁾ Die AMA hat durch Verordnung die Beitragshöhe für die in § 21c Abs. 1 genannten Erzeugnisse unter Bedachtnahme auf die Marktlage der jeweiligen Erzeugnisse und die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der Durchführung von Marketingmaßnahmen, höchstens aber bis zu den in Abs. 2 jeweils angeführten Sätzen, festzusetzen. Dabei ist insbesondere auf die Absatzentwicklung und die Erlössituation inländischer Erzeugnisse in Österreich und im Ausland Rücksicht zu nehmen.

(1a)⁸⁾ Die durch Verordnung der AMA, Verlautbarungsblatt der AMA Nr. 11/2006, für das Kalenderjahr 2007 festgesetzten Beitragssätze bleiben bis zu einer Neufestsetzung gemäß Abs. 1 weiter in Geltung.

(2)⁸⁾ Der Höchstbeitrag in Euro je Bezugsseinheit beträgt für

- | | |
|--|---|
| 1. Milch | 5,50 € je t übernommene Milch |
| 2. Getreide | 3,50 € je t Handelsvermahlung |
| 3. Rinder, zum Schlachten bestimmt | 11,00 € je Stück geschlachtetes Rind |
| 4. Kälber, zum Schlachten bestimmt | 2,50 € je Stück geschlachtetes Kalb |
| 5. Schweine, zum Schlachten bestimmt ... | 2,50 € je Stück geschlachtetes Schwein |
| 6. Lämmer, Schafe, zum Schlachten bestimmt | 2,50 € je Stück geschlachtetes Lamm,
Schaf |
| 7. ¹⁰⁾ Schlachtgeflügel..... | 2,50 € je 100 kg Schlachtgewicht |
| 8. Legehennen | 7,00 € je 100 Stück Legehennen |
| 9. ¹⁰⁾ Gemüse und Obst, im Gewächshaus
gezogen | 727,00 € je ha |
| 10. ¹⁰⁾ Gemüse, im Folientunnel gezogen.... | 509,00 € je ha |
| 11. Frischmarktgemüse intensiv (mit mindestens zwei
Ernten pro Jahr und Fläche) | 94,50 € je ha |
| 12. Frischmarktgemüse extensiv (eine Ernte pro Jahr
und Fläche) | 47,50 € je ha |
| 13. Einlegegurken | 36,50 € je ha |
| 14. sonstiges Verarbeitungsgemüse | 15,00 € je ha |
| 15. Intensivobstbau | 73,00 € je ha |
| 16. Kartoffeln | 29,50 € je ha |
| 17. ¹⁰⁾ Gartenbauerzeugnisse | 2,50 € je zehn Flächeneinheiten |
| 18. ¹⁰⁾ Wein | 1,50 € je 100 l Wein oder einer
entsprechenden Traubenmenge laut Ernte- und Erzeugungsmeldung sowie 1,50 € je
100 l Wein laut Bestandsmeldung oder Begleitpapieren. |

(3)¹⁰⁾ Die AMA wird ermächtigt, durch Verordnung die in Abs. 2 angeführten Höchstbeträge neu festzusetzen, sobald und soweit sich der von der Bundesanstalt „Statistik Österreich“ verlaubliche Verbraucherpreisindex 2010 oder der an seine Stelle tretende Index gegenüber der für März 2012 veröffentlichten und in der Folge gegenüber der letzten Festsetzung zugrunde gelegten Indexzahl um mehr als 5 vH geändert hat. Die neuen Beträge sind aus den Höchstbeträgen gemäß Abs. 2 im Verhältnis der Veränderung der für März 2012 verlaublichen Indexzahl zu der für die Neufestsetzung maßgebenden aktuellen Indexzahl zu berechnen. Die so berechneten Beträge sind auf 0,50 € Beträge kaufmännisch zu runden. Die neuen Beträge gelten mit Beginn des nächstfolgenden Kalenderjahres bzw. im Falle des Abs. 2 Z 18 mit Beginn des nächstfolgenden Weinwirtschaftsjahres.

(4)¹⁰⁾ Die AMA wird ermächtigt, durch Verordnung hinsichtlich der Entrichtung des Agrarmarketingbeitrags nähere Bestimmungen festzulegen, insbesondere die Voraussetzungen und näheren Bedingungen, unter denen von der Beitragsentrichtung abgesehen werden kann.

(5)¹⁰⁾ Die AMA wird ermächtigt, durch Verordnung hinsichtlich der Entrichtung des Agrarmarketingbeitrags für Wein nähere Bestimmungen festzulegen und in Hinblick auf § 21f Abs. 1 Z 6 sowie unter Berücksichtigung des Abs. 6 Übergangsregelungen vorzusehen, um beim Wechsel von Kalenderjahr auf Weinwirtschaftsjahr sowie beim Abgang von der quartalsweisen Entrichtung Doppelzahlungen sowie einen möglichen Ausfall von Zahlungen zu verhindern.

(6)¹⁰⁾ Der Agrarmarketingbeitrag gemäß § 21c Abs. 1 Z 9 ist erstmals für das Weinwirtschaftsjahr 2013/2014 einzuheben. Ein auf Basis des Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 2/2008 für Zeiträume des Weinwirtschaftsjahres 2012/13 bereits entrichteter Agrarmarketingbeitrag ist in Abzug zu bringen. Für Weingartenflächen, welche durch Frostschäden bedingte Ernteauffälle von mehr als 50 % im Weinwirtschaftsjahr 2012/13 aufweisen, ist kein Beitrag zu entrichten, wenn die betroffene Fläche (je Feldstück) und das Ausmaß durch Schadensprotokolle von autorisierten Stellen ausgewiesen werden.

Beitragsschuldner

§ 21e. (1)¹⁾ Beitragsschuldner ist:

1. für Milch der Versender oder der Inhaber des Bearbeitungs- und Verarbeitungsbetriebs, soweit nicht bereits ein Versender oder Inhaber eines anderen Bearbeitungs- und Verarbeitungsbetriebs beitragspflichtig ist;
2. für Getreide der Inhaber der Mühle;
- 3.⁸⁾ für Rinder, Kälber, Schweine, Lämmer und Schafe, die zum Schlachten bestimmt sind, der Inhaber des Betriebes, in dem die der Untersuchungspflicht nach dem Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz – LMSVG, BGBl. I Nr. 13/2006 in der jeweils geltenden Fassung, unterliegenden Tiere geschlachtet werden und monatlich jeweils mehr als fünf Tiere geschlachtet werden;
- 4.²⁾ für Schlachtgeflügel der Inhaber der Geflügelschlächtereier, sofern jährlich mindestens 5.000 Tiere geschlachtet werden;
- 5.³⁾ für Legehennen der Inhaber des Betriebs, der mehr als 500 Legehennen hält;
- 6.⁸⁾ für Gemüse und Obst der Bewirtschafter der Gemüse- und Obstanbauflächen, soweit die Flächen je Bewirtschafter bei Glashaush- oder Folienbewirtschaftung ein Mindestausmaß von 400 m², bei Freilandbewirtschaftung ein Mindestausmaß von 0,5 ha aufweisen;
- 7.³⁾ für Kartoffeln der Bewirtschafter der Kartoffelanbauflächen, die je Bewirtschafter ein Mindestausmaß von 0,5 ha aufweisen;

8. für Gartenbauerzeugnisse der Inhaber des Betriebs, der Schnittblumen, Zierpflanzen, Zier- und Nutzgehölze oder deren Pflanzgut (ausgenommen Forstpflanzgut) auf einer Mindestgrundfläche von 200 Flächeneinheiten erzeugt oder kultiviert. Als Flächeneinheiten gelten folgende Anbauflächen:
- a)³⁾ bei Schnittblumen, Zierpflanzen oder deren Pflanzgut: 10,0 m² Freiland, 2,0 m² Niederglasflächen (befestigte Mist- und Frühbeete), 1,0 m² Gewächshaus oder beheizbares Folienhaus;
 - b) bei Zier- und Nutzgehölzen oder deren Pflanzgut: 20,0 m² Freiland.
- Werden die unter den lit. a und b genannten Pflanzen miteinander im zeitlichen Wechsel oder gemischt angebaut, gelten als Flächeneinheit die Quadratmetersätze derjenigen Pflanzen, deren Anbau überwiegt;
- 9.¹⁰⁾ für Wein jeder Inhaber eines Betriebs, der laut Ernte- und Erzeugungsmeldung eine Traubenmenge pro Weinwirtschaftsjahr geerntet hat, die mehr als 3 000 l Wein entspricht, sowie jeder Inhaber eines Betriebs, der laut Bestandsmeldung mindestens 3 000 l Wein in Behältnisse mit einem Inhalt bis zu 60 l abfüllt und verkauft oder laut Begleitpapieren in Behältnissen mit einem Inhalt über 60 l außerhalb des Bundesgebietes verbringt oder exportiert.

(2)³⁾ Der Verwaltungsrat kann festlegen, in welchem Ausmaß in den Fällen des Abs. 1 Z 1, 2, 3 und 4 der zu entrichtende Beitrag auf den jeweiligen Erzeuger überwältzt werden kann;

Entstehung der Beitragsschuld

§ 21f. (1)¹⁾ Die Beitragsschuld entsteht

- 1.³⁾ in den Fällen des § 21c Abs. 1 Z 1 im Zeitpunkt der Übernahme der Waren durch den Beitragsschuldner,
2. in den Fällen des § 21c Abs. 1 Z 2 im Zeitpunkt der Vermahlung des Getreides,
3. in den Fällen des § 21c Abs. 1 Z 3 im Zeitpunkt der Schlachtung,
- 4.¹⁰⁾ in den Fällen des § 21c Abs. 1 Z 4 jeweils am 1. Jänner, 1. April, 1. Juli, und 1. Oktober für die in den vorangegangenen drei Monaten jeweils am Monatsletzten durchschnittlich gehaltenen Legehennen,
- 5.¹⁰⁾ in den Fällen
 - a) des § 21c Abs. 1 Z 5 und 6 jeweils am 15. Oktober für die im laufenden Kalenderjahr für die Erzeugung von Gemüse, Obst und Kartoffeln genutzten Flächen und
 - b) des § 21c Abs. 1 Z 7 jeweils am 15. April für die im vorangegangenen Kalenderjahr mit Gartenbauerzeugnissen bebauten Flächeneinheiten,
- 6.¹⁰⁾ in den Fällen
 - a) des § 21c Abs. 1 Z 8 jeweils am 1. Jänner für die im laufenden Weinwirtschaftsjahr geerntete Menge an Trauben bzw. Wein und
 - b) des § 21c Abs. 1 Z 9 jeweils am 1. September für die im vorangegangenen Weinwirtschaftsjahr abgefüllten und verkauften Mengen an Wein in Behältnissen mit einem Inhalt bis zu 60 l sowie außerhalb des Bundesgebietes verbrachten oder exportierten Mengen an Wein in Behältnissen mit einem Inhalt über 60 l.

(2)¹⁰⁾ Der Beitrag ist spätestens am letzten Tag des der Entstehung folgenden Kalendermonats, in den Fällen des Abs. 1 Z 6 spätestens vier Monate nach dem Zeitpunkt der Entstehung an die AMA zu entrichten.

(3)⁶⁾ Wenn der Beitragsschuldner der AMA glaubhaft macht, daß in den Fällen des Abs. 1 Z 1 bis 3 im Jahresdurchschnitt der gemäß Abs. 2 zu entrichtende Beitrag geringer als 363 € ist, kann die AMA eine Entrichtung für jeweils drei Kalendermonate genehmigen oder

verfügen. Die abweichende Entrichtungsform ist zu widerrufen, wenn die Beitragsschuld in drei aufeinanderfolgenden Monaten jeweils mehr als 363 € beträgt oder wenn die Einbringlichkeit gefährdet erscheint.

Beitragserklärung

§ 21g. (1)¹⁰⁾ Der Beitragsschuldner hat bis zu dem in § 21f Abs. 2 oder 3 ergebenden Termin unter Verwendung eines hiefür von der AMA aufgelegten Vordrucks eine Beitragserklärung einzureichen, in der er in den Fällen

1. des § 21f Abs. 1 Z 1 bis 3 den für den Vormonat,
2. des § 21f Abs. 1 Z 5 lit. a und § 21f Abs. 1 Z 6 lit. a den für das laufende Kalender- bzw. Weinwirtschaftsjahr,
3. des § 21f Abs. 1 Z 4 den für die jeweils vorangehenden drei Monate und
4. des § 21f Abs. 1 Z 5 lit. b und § 21f Abs. 1 Z 6 lit. b den für das vorangegangene Kalender- bzw. Weinwirtschaftsjahr

zu entrichtenden Beitrag selbst zu berechnen hat.

(1a)¹⁰⁾ Als Einreichung der Beitragserklärung im Sinne des Abs. 1 gelten im Falle

1. des § 21f Abs. 1 Z 6 lit. a die Ernte- und Erzeugungsmeldung sowie
2. des § 21f Abs. 1 Z 6 lit. b die Bestandsmeldung sowie die Begleitpapiere, die der AMA vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft in Form eines Online-Zugangs zur Weindatenbank zugänglich zu machen sind.

(2)¹⁾ Wird der Beitrag vom Beitragsschuldner nicht, nicht rechtzeitig oder nicht in der richtigen Höhe entrichtet, so hat die AMA den Beitrag mit Bescheid vorzuschreiben.

(3)⁸⁾ Stellt die AMA fest, dass der Beitrag nicht oder nicht in der richtigen Höhe entrichtet wurde, kann sie eine Erhöhung bis zum Zweifachen des Beitrags vorschreiben. Bei der Festsetzung dieser Erhöhung ist zu berücksichtigen, inwieweit dem Beitragsschuldner bei Beachtung der Bestimmungen dieses Bundesgesetzes das Erkennen der Beitragsschuld zugemutet werden konnte und die Nichtentrichtung oder nicht richtige Entrichtung erstmalig oder wiederholt erfolgt ist. Bei verspäteter Entrichtung kann die AMA, soweit es im Einzelfall keine unbillige Härte bedeutet, Verzugszinsen vorschreiben, deren Höhe den Basiszinssatz um 3 vH übersteigt. Bei verspäteter Entrichtung kann die AMA, soweit es im Einzelfall keine unbillige Härte bedeutet, Säumniszuschläge vorschreiben.

Aufzeichnungspflicht

§ 21h. (1)³⁾ Der Beitragsschuldner hat zur Feststellung des Beitrages und der Grundlage seiner Berechnung geeignete Aufzeichnungen zu führen, die mindestens zu enthalten haben:

- 1.¹⁰⁾ Tag, Monat und Jahr des Entstehens der Beitragsschuld in den Fällen des § 21c Abs. 1 Z 1 bis 4,
2. Flächeneinheiten, aufgeschlüsselt nach einzelnen Kategorien gemäß § 21e Z 8 lit. a und b und deren überwiegender Bebauung mit den einzelnen Gartenbauerzeugnissen im vergangenen Jahr, in den Fällen des § 21c Abs. 1 Z 7,
3. Art und Menge des vermahlenden Getreides in den Fällen des § 21c Abs. 1 Z 2,
4. Art und Menge der übernommenen Erzeugnisse in den Fällen des § 21c Abs. 1 Z 1,
5. Anzahl der geschlachteten Tiere in den Fällen des § 21c Abs. 1 Z 3,
6. Anzahl der gehaltenen Legehennen in den Fällen des § 21c Abs. 1 Z 4,
7. Art und Ausmaß der für die Gemüse-, Obst- und Kartoffelerzeugung genutzten Flächen in den Fällen des § 21 c Abs. 1 Z 5 und 6,

8. Anzahl der Flächeneinheiten in den Fällen des § 21c Abs. 1 Z 7,
- 9.¹⁰⁾ Menge der geernteten Trauben pro Weinwirtschaftsjahr, die mehr als 3 000 l Wein entspricht, in den Fällen des § 21c Abs. 1 Z 8,
- 10.¹⁰⁾ Menge des abgefüllten und verkauften Weins, soweit diese 3 000 l Wein übersteigt, in Behältnissen mit einem Inhalt bis zu 60 l sowie Verbringung oder Export von Wein in Behältnissen mit einem Inhalt über 60 l außerhalb des Bundesgebietes in den Fällen des § 21c Abs. 1 Z 9,
11. Name und Anschrift des Beitragsschuldners.

(2)¹⁾ Die der AMA im Zusammenhang mit der Beitragserhebung bekanntgewordenen Daten dürfen ohne ausdrückliche schriftliche Zustimmung des Beitragsschuldners nur zur Wahrnehmung der auf Grund dieses Abschnitts durchzuführenden Aufgaben herangezogen werden.

Beitragserhebung

§ 21i. (1)¹⁾ Die Erhebung des Beitrags obliegt der AMA.

(2)¹⁰⁾ Gegen Bescheide der AMA auf Grund dieses Abschnitts ist eine Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht zulässig.

(3)¹⁰⁾ Die AMA hat bei der Vollziehung dieses Abschnittes die BAO in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

(4)⁶⁾ Die AMA ist berechtigt, im Interesse der Raschheit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit fällige Beiträge unter Anwendung des § 1438 ABGB aufzurechnen gegen von der AMA auszubehaltende Förderungen, die dem Beitragsschuldner gewährt werden, soweit nicht nach anderen Vorschriften eine Aufrechnung ausgeschlossen wird.

Finanzierung

§ 21j. (1)¹⁾ Der Beitrag ist eine Einnahme der AMA. Die AMA hat aus dem Beitragsaufkommen die Kosten, die ihr durch die Beitragserhebung erwachsen, sowie die Verwaltungskosten im Zusammenhang mit der Förderung des Agrarmarketings zu bedecken.

(2)¹⁾ Das restliche Beitragsaufkommen und allfällige Zinsen sind durch die AMA für die in § 21 a genannten Zwecke zu verwenden.

(3)¹⁰⁾ Die restlichen Einnahmen aus dem Beitragsaufkommen bei Wein sind der Österreich Wein Marketing GmbH als Finanzierungsanteil des Bundes zur Durchführung von Marketingmaßnahmen im Weinbereich zur Verfügung zu stellen. Soweit diese Einnahmen bei der Österreich Wein Marketing GmbH nicht zur Durchführung von Marketingmaßnahmen im Weinbereich verwendet werden oder werden können, gilt Abs. 2.

Auskunftspflicht und Überprüfung

§ 21k. (1)¹⁾ Die AMA wird ermächtigt, zur Überprüfung der Einhaltung der Bestimmungen dieses Abschnitts durch ihre Organe oder die von ihr beauftragten Sachverständigen im gesamten Bundesgebiet die in Betracht kommenden Wirtschaftsräume, Betriebsflächen, Transportmittel und Aufzeichnungen zu überprüfen sowie von den Beitragsschuldern Berichte und Nachweise zu fordern. Insbesondere

1. ist Zutritt zu allen Wirtschaftsräumen, Betriebsflächen und Transportmitteln zu gewähren, die der Haltung, Bewirtschaftung oder Aufbewahrung der in § 21c genannten Erzeugnisse dienen oder dienen können,
2. ist Auskunft über einschlägige Betriebsvorgänge zu geben,
- 3.³⁾ sind auf Verlangen vorhandene einschlägige Aufzeichnungen und Unterlagen, aus denen sich insbesondere die Menge der in § 21c genannten Erzeugnisse, die Anzahl der Schlachtungen, die Anzahl der Legehennen, das Ausmaß und die Art der Nutzung der der Gemüse-, Obst- und Kartoffelerzeugung dienenden Flächen, die Anzahl der Flächeneinheiten und die Art der Bebauung dieser Flächeneinheiten mit bestimmten Gartenbauerzeugnissen und das Ausmaß der Flächen ergibt, vorzulegen und ist in diese Einsicht zu gewähren und
4. sind auf Verlangen vorhandene einschlägige Betriebseinrichtungen kostenlos zur Verfügung zu stellen, um eine Überprüfung abwickeln zu können.

(2)⁶⁾ In den Fällen des § 21c Abs. 1 Z 8 und 9 wird - unbeschadet der Kontrolle durch Organe der AMA oder von ihr beauftragte Sachverständige - auch der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (Bundeskellereiinspektion) ermächtigt, Kontrollen gemäß Abs. 1 durchzuführen.

(3)¹⁰⁾ Stellt die AMA bei der Wahrnehmung der auf Grund dieses Abschnittes durchzuführenden Aufgaben fest, dass Informationen oder Unterlagen nach § 21g Abs. 1a unvollständig oder unrichtig sind, sind der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie die Bundeskellereiinspektion von den festgestellten Abweichungen unverzüglich zu verständigen.

Strafbestimmungen

§ 21 l. (1)⁶⁾ Sofern die Tat nicht den Tatbestand einer in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden strafbaren Handlung bildet oder nach anderen Verwaltungsstrafbestimmungen mit strengerer Strafe bedroht ist, ist wegen Verwaltungsübertretung von der Bezirksverwaltungsbehörde mit Geldstrafe bis zu 3.630 € zu bestrafen, wer

1. seinen Verpflichtungen gemäß § 21 g Abs. 1 oder § 21 h Abs. 1 nicht nachkommt oder
2. eine Prüfung, Besichtigung oder Einsichtnahme in geschäftliche Unterlagen nicht duldet oder sonst einer Verpflichtung gemäß § 21 k nicht nachkommt oder
3. durch unrichtige oder unvollständige Angaben bewirkt, daß der Beitrag ganz oder teilweise nicht entrichtet wird.

(2)¹⁾ Der Versuch ist strafbar. Für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen.

(2a)⁸⁾ Für Bestrafungen gemäß Abs. 1 ist in erster Instanz jene Bezirksverwaltungsbehörde zuständig, in deren Sprengel der Beitragsschuldner seinen Hauptwohnsitz hat. Ist der Beitragsschuldner eine juristische Person, eine Personengesellschaft des Handelsrechts oder eine eingetragene Erwerbsgesellschaft, so ist für

die örtliche Zuständigkeit deren Sitz maßgebend; bei Fehlen eines Sitzes der Ort, in dem hauptsächlich die Tätigkeit ausgeübt wird.

(3)¹⁾ Die AMA ist nach Maßgabe ihrer Zuständigkeit von den Verwaltungsstraßenbehörden und Gerichten über den Ausgang der bei ihnen auf Grund dieses Abschnitts anhängigen Strafverfahren zu verständigen.

3. ABSCHNITT¹⁾

Personal

§ 22. (1) Der Vorstand ist berechtigt, im Rahmen des geltenden Personalplans Angestellte in der erforderlichen Anzahl durch Dienstvertrag einzustellen. Auf das Dienstverhältnis der Dienstnehmer ist das Angestelltengesetz, BGBl. Nr. 292/1921, und die für Dienstnehmer in der privaten Wirtschaft geltenden sonstigen Rechtsvorschriften anzuwenden. Der Vorstand ist berechtigt, Dienstverhältnisse nach den arbeitsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere durch Kündigung, zu beenden.

(2) Die Arbeitsverhältnisse der Dienstnehmer der AMA können einheitlich in einem Kollektivvertrag im Sinne des Arbeitsverfassungsgesetzes geregelt werden.

(3)⁸⁾ Wenn kein Kollektivvertrag gilt, hat der Verwaltungsrat der AMA Richtlinien für die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse neu aufgenommener Arbeitnehmer zu erlassen.

(4)⁸⁾ Der Verwaltungsrat der AMA ist auf Arbeitgeberseite für die Regelung der Arbeitsverhältnisse der Dienstnehmer der AMA kollektivvertragsfähig.

(5)⁴⁾ Ist eine Pensionszusage Teil des Arbeitsvertrages, so kann durch Kollektivvertrag die Möglichkeit der Leistung von Dienstnehmerbeiträgen geregelt werden, wobei gleichzeitig mit dem Betriebspensionsgesetz, BGBl. Nr. 282/1990, übereinstimmende Rahmenbedingungen für die Dienstnehmerbeiträge festzulegen sind. Pensionszusagen, die bei Übernahme von Dienstnehmern des Milchwirtschaftsfonds, des Getreidewirtschaftsfonds und des Mühlenfonds bestehen, bleiben aufrecht.

(6) Die Dienstnehmer der AMA sind über alle ihnen aus ihrer Tätigkeit bekanntgewordenen Tatsachen zur Verschwiegenheit verpflichtet, soweit nicht auf Grund anderer gesetzlicher Bestimmungen über solche Tatsachen Auskunft zu erteilen ist. Diese Pflicht besteht auch nach Beendigung des Dienstverhältnisses.

(7) Die AMA wird ermächtigt, sofern es die dienstlichen Erfordernisse erlauben, Dienstnehmer über deren Ersuchen Unternehmen für Zwecke der Beratung, insbesondere in technischen Angelegenheiten, gegen angemessene Entschädigung an die AMA für einen Zeitraum von höchstens 25 Arbeitstagen pro Jahr und Dienstnehmer zur Verfügung zu stellen.

(8)¹¹⁾ Von Ruhe- und Versorgungsgenüssen aus direkten Leistungszusagen ist, soweit diese Ruhe- und Versorgungsgenüsse die Höhe der jeweils geltenden monatlichen Höchstbeitragsgrundlage gemäß § 108 Abs. 1 und 3 des Allgemeinen Sozialversicherungsgesetzes – ASVG, BGBl. Nr. 189/1955, überschreiten, für jene Anteile, welche den aus dem ASVG stammenden Teil übersteigen, ein Pensionsversicherungsbeitrag zu leisten, der von der AMA einzubehalten ist. Der Pensionsversicherungsbeitrag beträgt

1. 5% für jenen Teil des Ruhe- und Versorgungsgenusses, der über 100% der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage liegt, aber nicht mehr als 150% der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage beträgt,
2. 10% für jenen Teil des Ruhe- und Versorgungsgenusses, der über 150% der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage liegt, aber nicht mehr als 200% der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage beträgt,
3. 20% für jenen Teil des Ruhe- und Versorgungsgenusses, der über 200% der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage liegt, aber nicht mehr als 300% der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage beträgt,
4. 25% für jenen Teil des Ruhe- und Versorgungsgenusses, der über 300% der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage liegt.

Dies gilt auch für Sonderzahlungen.

(9)¹¹⁾ Bezugsberechtigte von Ruhe- und Versorgungsgenüssen aus direkten Leistungszusagen von Tochtergesellschaften der AMA, die der Kontrolle des Rechnungshofs unterliegen, haben, soweit ihre Ruhe- und Versorgungsgenüsse die Höhe der monatlichen Höchstbeitragsgrundlage gemäß §§ 108 Abs. 1 und 3 ASVG, überschreiten, für jene Anteile, welchen den aus dem ASVG stammenden Teil übersteigen, einen Pensionssicherungsbeitrag an jene Tochtergesellschaft zu leisten, von der sie diese Bezüge beziehen. Dieser Pensionssicherungsbeitrag ist von der auszahlenden Tochtergesellschaft einzubehalten, seine Höhe bestimmt sich nach Abs. 8.

Amt der AMA²⁾

§ 22a. (1)⁶⁾ Die Besorgung der von der AMA gemäß § 96 Abs. 1 Marktordnungsgesetz 1985 oder gemäß § 3 Abs. 2 Z 3 zu vollziehenden Aufgaben kann durch Bundesbeamte und Vertragsbedienstete des Bundes erfolgen, wenn

1. es sich bei den von der AMA zu vollziehenden Aufgaben um solche Aufgaben handelt, die vor dem Beitritt zur Europäischen Union durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreut wurden oder die die bisher durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreuten Aufgaben ersetzen und
2. die Aufgaben gemäß § 96 Abs. 1 Marktordnungsgesetz 1985 der AMA zur Vollziehung übertragen worden sind und
3. die Aufgaben mit der im geltenden Personalplan der AMA vorgesehenen Anzahl an Angestellten nicht oder nicht in ausreichendem Umfang durchgeführt werden können oder
- 4.⁶⁾ die Aufgaben auf Grund einer verfahrensökonomisch zweckmäßigen Konzentration der Abwicklung von der AMA durchgeführt werden.

(2)⁶⁾ Die Dienststelle der bei der AMA tätigen Bundesbeamten oder Vertragsbediensteten des Bundes ist das Amt der AMA, das dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft untersteht.

(3)²⁾ Der Vorstandsvorsitzende, in seinem Verhinderungsfall der nach der Geschäftsordnung zuständige Stellvertreter, übt gegenüber den Bediensteten des Amtes der AMA die Obliegenheiten eines Leiters einer Dienststelle aus.

Sachverständige

§ 23. Der Vorstand kann nach Zustimmung des Verwaltungsrats Sachverständige mit der Durchführung von Erhebungen oder Kontrollen beauftragen, soweit diese Aufgaben nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand von Bediensteten der AMA erfüllt werden können.

Geschäftsordnung und innere Organisation

§ 24. (1)⁶⁾ Die Geschäftsordnung bestimmt die Aufgaben und Befugnisse der Organe. Die Geschäftsordnung bedarf der Genehmigung durch den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

(2) Vorstandsangelegenheiten grundsätzlicher Bedeutung sowie allgemeine Vorstandsangelegenheiten, die sämtliche Geschäftsbereiche betreffen (insbesondere Personalwesen, Beschaffungswesen), sind dem Vorstandsvorsitzenden vorbehalten. Die Aufgaben der einzelnen Mitglieder des Vorstands sind in der Geschäftsordnung festzulegen.

(3) Der Vorstand hat ein Büro einzurichten, das in Geschäftsbereiche, Abteilungen und allenfalls Referate gegliedert ist. Das Büro hat unter der Leitung des jeweiligen Vorstandsmitglieds die zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben notwendigen fachlichen und administrativen Arbeiten zu leisten. Insbesondere obliegt dem Büro

1. die Vorbereitung und Durchführung von Beschlüssen der Organe einschließlich der Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen,
2. die fachkundige Beratung und Unterstützung der Organe sowie
3. die Erteilung von Auskünften im Rahmen des Wirkungsbereichs der AMA.

(4) Innerhalb eines Geschäftsbereichs können Angelegenheiten zur selbständigen Behandlung auf einzelne Abteilungen und Referate durch das für den jeweiligen Geschäftsbereich zuständige Vorstandsmitglied übertragen werden, soweit dies für eine rasche und zweckmäßige Geschäftsbehandlung erforderlich ist. Dabei ist auf die Bedeutung der einzelnen Angelegenheiten gebührend Bedacht zu nehmen.

(5)²⁾ Angelegenheiten, zu deren selbständiger Behandlung ein Abteilungs- oder Referatsleiter betraut wurde, sind im Namen des Vorstands oder des jeweils zuständigen Mitglieds des Vorstands mit der Klausel "für den Vorstand" bzw. "für das Vorstandsmitglied" zu unterfertigen.

(6) Das Weisungsrecht vorgesetzter Organe wird durch die Ermächtigung zur selbständigen Erledigung bestimmter Gruppen von Angelegenheiten nicht berührt. Jedes Vorstandsmitglied ist im Rahmen seines Geschäftsbereichs berechtigt, jede Angelegenheit, zu deren selbständiger Behandlung ein Abteilungs- oder Referatsleiter ermächtigt wurde, an sich zu ziehen oder sich die Genehmigung der Entscheidung vorzubehalten. Das gleiche Recht steht für bestimmte Angelegenheiten dem Abteilungsleiter gegenüber dem ihm unterstellten Referatsleiter zu.

(7)²⁾ Zusätzlich zu der gemäß Abs. 5 möglichen Übertragung von Angelegenheiten auf einzelne Abteilungen und Referate können innerhalb eines Geschäftsbereichs Angelegenheiten der Vollziehung von Maßnahmen zur selbständigen Behandlung auf einzelne Bedienstete durch das für den jeweiligen Geschäftsbereich zuständige Vorstandsmitglied übertragen werden, soweit dies für eine rasche und zweckmäßige

Geschäftsbehandlung erforderlich ist und die sachliche und rechtliche Ordnungsgemäßheit der Geschäftsbehandlung gewährleistet ist. Die Abs. 5 und 6 sind anzuwenden.

Aufsicht

§ 25. (1)⁸⁾ Zur Ausübung des Aufsichtsrechts ist der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zu den Sitzungen des Verwaltungsrates einzuladen. Er kann sich durch Bedienstete seines Bundesministeriums vertreten lassen.

(2)⁶⁾ Die mit der Ausübung des Aufsichtsrechts betrauten Bediensteten sind vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zu bestellen und abzurufen. Sie nehmen an den Sitzungen der in Abs. 1 genannten Organe mit beratender Stimme teil.

(3)⁶⁾ Dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sind die Protokolle über die Sitzungen der in Abs. 1 genannten Organe vorzulegen.

(4)⁶⁾ Zur Ausübung des Aufsichtsrechts ist dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft von den in § 4 Abs. 1 genannten Organen jede verlangte Auskunft, die zur Ausübung der Aufgaben erforderlich ist, zu erteilen. Ferner sind von der AMA die erforderlichen Unterlagen auf Verlangen vorzulegen.

Einspruch

§ 26. (1)⁶⁾ Gegen Beschlüsse, die den bestehenden Gesetzen und Verordnungen zuwiderlaufen, hat der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft Einspruch zu erheben.

(2) Wurde ein Einspruch erhoben, so darf der entsprechende Beschluß nicht durchgeführt werden.

Weisung

§ 27.⁶⁾ Soweit dies zur gesetzesgemäßen Erfüllung der Aufgaben der AMA erforderlich ist, hat der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft der AMA Weisungen zu erteilen.

Förderungsverwaltung durch die AMA

§ 28. (1)⁶⁾ Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft ist ermächtigt, die AMA unter Bedachtnahme auf ihren Wirkungsbereich mit der Abwicklung von Förderungsmaßnahmen und absatzfördernden Maßnahmen zu beauftragen.

(2)⁶⁾ Diese Maßnahmen sind von der AMA auf der Grundlage der näheren Bestimmungen über deren Abwicklung, die der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft nach Maßgabe der haushaltsrechtlichen Vorschriften zu erlassen hat, durchzuführen.

(3) Zinsen, die bei der Abwicklung von Maßnahmen gemäß Abs. 1 bei der AMA anfallen, sind von dieser monatlich in dem auf den Anfall der Zinsen folgenden Monat an den Bund abzuführen.

Gemeinschaftlich finanzierte Maßnahmen²⁾

§ 28a. Die AMA kann, soweit von den Ländern für gemeinschaftlich finanzierte Maßnahmen Geldmittel bereitzustellen sind, auf Ersuchen der Länder bei gemeinschaftlich finanzierten Förderungsmaßnahmen die Auszahlung von Landesmitteln gemeinsam mit den Bundesmitteln abwickeln.

Übernahme von Aufträgen⁴⁾

§ 28b.⁶⁾ Die AMA ist berechtigt, bei Abdeckung der auftretenden Kosten Dienstleistungen im Auftrag Dritter zu übernehmen, soweit diese Dienstleistungen im engen Zusammenhang mit anderen von der AMA zu vollziehenden Aufgaben stehen. Die nähere Ausgestaltung dieses Dienstleistungsverhältnisses, insbesondere auch die Frage der Kostenabgeltung, ist zwischen AMA und Auftraggeber durch vertragliche Vereinbarung, die der Zustimmung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und des Bundesministers für Finanzen bedarf, zu regeln.

Verwaltungsvorschriften

§ 29. (1) Die AMA hat bei der Durchführung von Verwaltungsverfahren das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz anzuwenden, soweit nicht ausdrücklich anderes angeordnet ist.

(1a)³⁾ Ausfertigungen der AMA, die mittels automationsunterstützter Datenverarbeitung erstellt werden, bedürfen weder einer Unterschrift noch einer Beglaubigung und gelten, wenn sie weder eine Unterschrift noch eine Beglaubigung aufweisen, als durch den Zeichnungsberechtigten des auf der Ausfertigung bezeichneten Organs der AMA genehmigt.

(2) Das Recht, Beiträge und Zuschüsse festzusetzen oder zu beanspruchen oder zu Unrecht geleistete Beiträge und Zuschüsse zurückzufordern, unterliegt der Verjährung. Die Verjährungsfrist beträgt fünf Jahre, bei Vorliegen einer gerichtlich strafbaren Handlung zehn Jahre. Die Verjährungsfrist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, für das die Leistungspflicht oder der Leistungsanspruch entstanden ist oder für das zu Unrecht Leistungen erbracht wurden. Hinsichtlich der Unterbrechung der Verjährung ist § 209 Abs. 1 und § 238 BAO anzuwenden.

(3) ¹⁰⁾ Soweit aufgrund des Marktordnungsgesetzes 2007 Beschwerden zulässig sind, kann gegen Bescheide des zuständigen Organs der AMA Beschwerde an das Bundesverwaltungsgericht erhoben werden.

(4)⁸⁾ Soweit bei der Durchführung von Verwaltungsverfahren die Vorschriften der Bundesabgabenordnung anzuwenden sind, kann der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft unter sinngemäßer Heranziehung der §§ 86a, 90a und 97 Abs.3 BAO durch Verordnung festlegen, dass und unter welchen Voraussetzungen Anbringen im Wege automationsunterstützter Datenübertragung eingereicht werden können.

(5)⁶⁾ Für die Durchführung von Kontrollen vor Ort haben sich die Kontrollorgane der AMA mit einem von der AMA ausgestellten Ausweis zu legitimieren und den Gegenstand der Prüfung darzulegen.

Amtshilfe

§ 30. Die AMA ist berechtigt, in den von ihr durchzuführenden behördlichen Verfahren die Bezirksverwaltungsbehörden um Beweisaufnahmen und Erhebungen zu ersuchen (§ 55 AVG).

Gebühren- und Abgabenbefreiung

§ 31. (1)⁸⁾ Die AMA ist von den Stempel- und Rechtsgebühren und von den Bundesverwaltungsabgaben befreit.

(2)¹⁰⁾ Eingaben und Amtshandlungen im Rahmen der Vollziehung des gemeinschaftlichen Marktordnungsrechts im Sinne des § 3 MOG 2007 sind von den Stempelgebühren sowie von den Bundesverwaltungsabgaben befreit.

Vertretung durch die Finanzprokurator²⁾

§ 31a. Die AMA kann sich nach Maßgabe des Prokuratorgesetzes, StGBI. Nr. 172/1945, durch die Finanzprokurator rechtlich beraten und vertreten lassen.

Grundbuchsabfrage⁶⁾

§ 31b. Die AMA gilt als Dienststelle des Bundes im Sinne des § 6 Abs. 2 Z 2 GUG.

Verlautbarungen

§ 32 (1)⁶⁾ Die AMA hat Verordnungen in den von ihr herauszugebenden Verlautbarungsblättern kundzumachen. Die AMA hat für die Abgabe der Verlautbarungsblätter den Ersatz der Versandkosten sowie einen kostendeckenden Druckkostenbetrag zu verlangen. Formblätter und sonstige Bekanntmachungen können durch die AMA im Verlautbarungsblatt kundgemacht oder in elektronischer Form zur Abrufbarkeit über Internet bereitgestellt werden.

(2) Verordnungen gemäß Abs. 1 treten am Tag nach ihrer Kundmachung in Wirksamkeit, sofern nicht darin ein anderer Wirksamkeitsbeginn festgesetzt ist.

Aufbewahrungspflicht

§ 33.³⁾ (1) Die AMA hat Unterlagen und Aufzeichnungen von allgemeiner oder grundsätzlicher Bedeutung dauernd aufzubewahren. Sonstige Unterlagen und Aufzeichnungen sind mindestens sieben Jahre aufzubewahren; diese Frist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in welchem

1. bei Dauerrechtsverhältnissen das Rechtsverhältnis geendet hat,
2. in den übrigen Fällen die AMA letztmalig in der betreffenden Angelegenheit tätig gewesen ist.

(2)⁶⁾ Die AMA ist verpflichtet, alle Unterlagen und Aufzeichnungen, die ihr vom Milchwirtschaftsfonds, vom Getreidewirtschaftsfonds, vom Mühlenfonds, von der Vieh- und Fleischkommission beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft oder von den Bundesministern für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und für wirtschaftliche Angelegenheiten übermittelt wurden, nach den gleichen Grundsätzen wie ihre eigenen Unterlagen aufzubewahren.

(3)³⁾ Die AMA kann die in Abs. 1 bezeichneten Unterlagen auch in Form von Datenträgern aufbewahren. Dabei ist sicherzustellen, daß die Daten bei Bedarf abrufbar sind und schriftliche Ausdrücke hergestellt werden können.

Übergang von Rechten und Pflichten

§ 34. (1) Das am 30. Juni 1993 bestehende Vermögen der in § 2 genannten Fonds einschließlich aller Liegenschaften, Rechte, Forderungen und Verpflichtungen geht im Wege der Gesamtrechtsnachfolge mit Wirkung vom 1. Juli 1993 auf die AMA über.

(2) Die Vorgänge gemäß Abs. 1 sind von allen bundesgesetzlich geregelten Abgaben befreit. Sie gelten nicht als steuerbare Umsätze im Sinne des Umsatzsteuergesetzes 1972.

(3)⁴⁾ Wenn für den Fall und auf den Zeitpunkt der Auflösung eines in § 2 genannten Fonds beziehungsweise des Ablaufes des Marktordnungsgesetzes 1985 oder des Mühlengesetzes 1981 die in diesem Zeitpunkt vorhandene Pensionsrücklage treuhändig an eine Organisation übertragen wurde, damit diese die Weiterzahlung von Zusatzpensionen vornimmt, so gehen die diesbezüglichen Verpflichtungen des Fonds und die am 1. Juli 1993 vorhandene Pensionsrücklage auf die AMA über. Die gesamten von der AMA verwalteten Pensionsrückstellungen sind zugunsten der Bedeckung des Verwaltungsaufwands gemäß § 39 Abs. 3 entsprechend dem jeweiligen Finanzierungsbedarf der AMA aufzulösen. Der Bund haftet für die Ansprüche aus den Zusatzpensionsregelungen.

Übernahme von Dienstnehmern

§ 35. Die AMA setzt die Rechte und Pflichten des Milchwirtschaftsfonds, des Getreidewirtschaftsfonds und des Mühlenfonds gegenüber den aktiven Dienstnehmern und den Empfängern von Zusatzpensionen ab 1. Juli 1993 fort. Die Funktionen in den Fonds, die die Dienstnehmer bisher ausgeübt haben, erlöschen am 30. Juni 1993. Die AMA hat vor dem 1. Juli 1993 die notwendigen Vorkehrungen für die Besetzung der erforderlichen Funktionen zu treffen. Die AMA ist befugt, bereits vor dem 1. Juli 1993 Personal von den oben genannten Fonds zu übernehmen und, soweit dies insbesondere zur Abwicklung der vorübergehenden Geschäftsführung der AMA erforderlich ist, Personal aufzunehmen.

Überleitungsbestimmungen

§ 36. (1) Soweit das Marktordnungsgesetz 1985 die Regionalkommission mit Vollziehungsaufgaben betraut, geht diese Zuständigkeit ab dem 1. Juli 1993 auf geeignete Bedienstete der AMA oder auf von der AMA hierfür beauftragte Sachverständige über.

(2) Soweit Abschnitt D des Marktordnungsgesetzes 1985 dem Geschäftsführer des Milchwirtschaftsfonds besondere Aufgaben - insbesondere die Vorlage bestimmter Unterlagen - zuweist, sind diese ab 1. Juli 1993 von dem für den Geschäftsbereich Milch und Milchprodukte nach der Geschäftsordnung zuständigen Vorstandsmitglied der AMA wahrzunehmen.

(3) Soweit das Viehwirtschaftsgesetz 1983 die Kommission zur Beauftragung von Sachverständigen ermächtigt, tritt die AMA in die Rechte und Pflichten bestehender diesbezüglicher Verträge ab dem 1. Juli 1993 ein.

(4) Die AMA hat ab dem 1. Juli 1993 dem Milchwirtschaftsfonds, dem Getreidewirtschaftsfonds und dem Mühlenfonds für die Erstellung der Schlußbilanzen sowie für die Abwicklung der erforderlichen Sitzungen und für die Betreuung sonstiger Angelegenheiten geeignete Dienstnehmer ihres Büros zur Verfügung zu stellen.

(5) Die Fachausschüsse, der Vorstand oder einzelne Vorstandsmitglieder haben nach Maßgabe ihrer Zuständigkeit nach der Geschäftsordnung auch über jene Fälle zu entscheiden, die vor dem 1. Juli 1993 beim Milchwirtschaftsfonds, beim Getreidewirtschaftsfonds, beim Mühlenfonds und bei der Vieh- und Fleischkommission beim Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft oder deren Unterkommission anhängig gemacht, jedoch noch nicht entschieden worden sind.

Eröffnungsbilanz

§ 37. Die AMA hat unter Zugrundelegung der Schlußbilanzen des Milchwirtschaftsfonds, des Getreidewirtschaftsfonds und des Mühlenfonds bis 30. April 1994 zum Stichtag 1. Juli 1993 eine Eröffnungsbilanz aufzustellen.

Erste Organe

§ 38. (1) Der Verwaltungsrat hat seine Tätigkeit mit 1. Oktober 1992 aufzunehmen und bis 1. Juli 1993 insbesondere folgende Aufgaben wahrzunehmen:

1. Erlassung einer Geschäftsordnung,
2. Ausschreibung des Vorstands und Vorsorge für eine zeitgerechte Besetzung des Vorstands,
3. Einsetzung der Fachausschüsse,
4. Erstellung des Finanzplans der AMA für das Restgeschäftsjahr 1992 und das Geschäftsjahr 1993 und
5. Erlassung von Verordnungen, soweit diese für die Durchführung von Aufgaben der AMA ab 1. Juli 1993 erforderlich sind.

(2) Der Vorstand hat nach Möglichkeit seine Tätigkeit mit 1. Jänner 1993 aufzunehmen und dabei insbesondere folgende Aufgaben wahrzunehmen:

1. Einstellung des erforderlichen Personals,
2. Vorkehrung für die Übernahme der Dienstnehmer des Milchwirtschaftsfonds, des Getreidewirtschaftsfonds und des Mühlenfonds,
3. Beschaffung der notwendigen Räumlichkeiten und Ausstattung der AMA.

(3) Der Verwaltungsaufwand, der aus der provisorischen Tätigkeit im Jahr 1992 und im 1. Halbjahr 1993 entsteht, ist aus Verwaltungskostenbeiträgen des Milchwirtschaftsfonds im Ausmaß von 60 vH und aus Verwaltungskostenbeiträgen des Getreidewirtschaftsfonds im Ausmaß von 40 vH zu tragen.

(4) Ab 1. Juli 1993 ist der Verwaltungsrat für die in § 12 genannten Aufgaben zuständig.

Verwaltungsaufwand

§ 39. (1) Der im Finanzplan festgelegte Verwaltungsaufwand der AMA ist

1. aus Einnahmen gemäß § 20 Viehwirtschaftsgesetz 1983,
2. aus Einnahmen von Beiträgen gemäß den §§ 60 und 61 in Verbindung mit § 61a Marktordnungsgesetz 1985 und

3. aus Einnahmen gemäß § 13 Mühlengesetz 1981 zu bedecken.

(2) Soweit das Marktordnungsgesetz 1985 und das Mühlengesetz 1981 Einnahmen der Fonds vorsehen, gelten diese Einnahmen ab 1. Juli 1993 als Einnahmen der AMA.

(3)²⁾ Ab dem Jahr 1995 ist abweichend von Abs. 1 der nicht aus anderen Mitteln finanzierte Verwaltungsaufwand der AMA durch Mittel des Bundes nach Maßgabe des Finanzplans zu bedecken. § 21j bleibt unberührt.

Errichtung von Gesellschaften⁸⁾

§ 39a. Die AMA kann für die Durchführung der ihr gemäß § 3 Abs. 1 zugewiesenen Aufgaben Kapitalgesellschaften in Form von Gesellschaften mit beschränkter Haftung errichten.

Datenverkehr

§ 40. (1)⁶⁾ Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft kann der AMA konventionell oder automationsunterstützt verarbeitete personenbezogene Daten betreffend den Außenhandel mit Waren sowie Daten betreffend absatzfördernde Maßnahmen für solche Waren übermitteln, soweit diese Daten zur Vollziehung der der AMA gesetzlich übertragenen Aufgaben eine wesentliche Voraussetzung bilden.

(2)⁶⁾ Die AMA hat über Aufforderung dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft konventionell oder automationsunterstützt verarbeitete personenbezogene Daten betreffend die Erzeugung, die Anlieferung, die Qualität, die Lagerung und die Vermarktung von Waren sowie den Außenhandel mit Waren zu übermitteln, soweit diese Daten der AMA auf Grund der ihr gesetzlich übertragenen Aufgaben zur Verfügung stehen.

(3)⁸⁾ Die AMA kann personenbezogene Daten gemäß den Abs. 1 und 2 auch Abnehmern im Sinne des Art. 5 lit. e der Verordnung (EG) Nr. 1788/2003 übermitteln, soweit dies zur Vollziehung der Aufgaben, die auf Grund dieses Bundesgesetzes oder auf Grund anderer Rechtsvorschriften diesen Abnehmern übertragen wurden, eine wesentliche Voraussetzung bildet.

(4)⁴⁾ Die AMA kann personenbezogene Daten, die im Rahmen der Vollziehung des Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern ermittelt werden, den zur Vollziehung der Tierzuchtgesetze der Länder zuständigen Stellen bzw. deren Beauftragten übermitteln, soweit diese Daten auch eine wesentliche Voraussetzung zur Vollziehung der Tierzuchtgesetze bilden.

(5)⁸⁾ Daten, die von der AMA im Rahmen der Vollziehung von gemäß § 3 Abs. 2 Z 3 oder gemäß MOG 2007 übertragenen Aufgaben oder im Rahmen der Vollziehung des 2. Abschnitts ermittelt und verarbeitet werden, dürfen abweichend von § 21h Abs. 2 innerhalb der AMA zum Zwecke des wechselweisen Datenabgleichs übermittelt werden.

(6)⁸⁾ Die AMA kann Daten, im Rahmen der Vollziehung von gemäß § 3 Abs. 2 Z 3 oder MOG 2007 übertragenen Aufgaben ermittelt und verarbeitet werden,

1. den mit der Vollziehung des Tierseuchengesetzes, RGBl. Nr. 177/1909, in der jeweils geltenden Fassung betrauten Stellen und
2. den mit der Vollziehung des Titels II der Verordnung (EG) Nr. 1760/2000 zur Einführung eines Systems zur Kennzeichnung und Registrierung von Rindern und über die Etikettierung von Rindfleisch und Rindfleischerzeugnissen, ABl. L Nr. 204 vom 11. August 2000, S 1, betrauten Stellen

übermitteln, soweit dies zur Erfüllung der diesen Stellen gesetzlich übertragenen Aufgaben erforderlich ist.

(7)⁸⁾ Der AMA sind personenbezogene Daten, die im Rahmen des Veterinärinformationssystems (VIS) gemäß § 3 Tierkennzeichnungs- und Registrierungsverordnung 2005, BGBl. II Nr. 210, erstellt wurden, zu übermitteln, soweit diese Daten eine wesentliche Voraussetzung für die Vollziehung der ihr übertragenen Aufgaben bilden.

(8)⁸⁾ Daten, die von der AMA im Rahmen der Vollziehung von ihr gemäß § 3 Abs. 2 Z 3 übertragenen Aufgaben ermittelt und verarbeitet werden, dürfen im Rahmen der Durchführung der Klassifizierungssysteme innerhalb der AMA und mit den von den zugelassenen Klassifizierungsdiensten erhobenen Daten zum Zwecke des wechselseitigen Datenabgleichs übermittelt werden.

(9)¹⁰⁾ Der AMA sind personenbezogene Daten, die im Rahmen von Zulassungen und Registrierungen gemäß § 5 Abs. 1 Z 8 Vermarktungsnormengesetz, BGBl. I Nr. 68/2007, in der jeweils geltenden Fassung erfasst werden, zu übermitteln, soweit diese Daten im Zusammenhang mit der Erfüllung von gesetzlich übertragenen Aufgaben nach dem 2. Abschnitt erforderlich sind.

Sprachliche Gleichbehandlung

§ 41. Soweit in diesem Bundesgesetz personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei der Anwendung auf bestimmte Personen ist die jeweils geschlechtsspezifische Form zu verwenden.

Verweisungen

§ 42. Soweit in diesem Bundesgesetz auf Bestimmungen anderer Bundesgesetze verwiesen wird, sind diese in ihrer jeweils geltenden Fassung anzuwenden.

Strafbestimmungen

§ 42a. (1)¹⁰⁾ Sofern die Tat nicht den Tatbestand einer in die Zuständigkeit der Gerichte fallenden strafbaren Handlung bildet, begeht eine Verwaltungsübertretung, wer entgegen einer Vorschrift in Verordnungen aufgrund des § 12 Z 10 einer Meldungs-, Aufzeichnungs- oder Aufbewahrungspflicht zuwiderhandelt. Die Verwaltungsübertretung ist von der Bezirksverwaltungsbehörde mit Geldstrafe bis zu 3 630 € zu bestrafen.

(2)³⁾ Der Versuch ist strafbar. Für den Fall der Uneinbringlichkeit der Geldstrafe ist eine Ersatzfreiheitsstrafe bis zu sechs Wochen festzusetzen.

(3)³⁾ Die AMA ist nach Maßgabe ihrer Zuständigkeit von den Verwaltungsbehörden und Gerichten über den Ausgang der bei ihnen auf Grund dieser Bestimmung anhängigen Strafverfahren zu verständigen.

Inkrafttreten

§ 43. (1)¹⁾ Dieses Bundesgesetz tritt

1. hinsichtlich der §§ 5 bis 14, 19 bis 21, 22 bis 27, 29, 31 bis 33, 38, 39, 41 und 42 mit 1. Juli 1992,
- 2.⁹⁾ (Anm.: Durch Art. 2 § 2 Abs. 2 Z 45, BGBl. I Nr. 2/2008, als nicht mehr geltend festgestellt),
3. hinsichtlich der §§ 2 bis 4, 15 bis 18, 28, 30, 34 bis 37, 40 und 44 und hinsichtlich § 43 Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 664/1994 mit 1. Juli 1993 und
- 4.²⁾ hinsichtlich §§ 5 Abs. 4, 17 Abs. 4, 18 und 19 Abs. 6 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 664/1994 und der Einfügung der Abschnittsbezeichnungen und der §§ 21 a bis 21 l mit 1. November 1994 und
- 5.⁹⁾ (Anm.: Durch Art. 2 § 2 Abs. 2 Z 45, BGBl. I Nr. 2/2008, als nicht mehr geltend festgestellt),
- 6.²⁾ hinsichtlich des § 11 Abs. 1 Z 3, § 12 Z 12 und 13, § 13, § 15 Abs. 5, § 18, § 19, § 20, § 22 Abs. 3 und des Entfalls von § 22 Abs. 4, § 22a, § 24 Abs. 5 und 7, § 28a, § 31 Abs. 3, § 31a, § 32 Abs. 1, § 39 Abs. 3 und § 39a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 298/1995 mit Ablauf des Tages der Kundmachung,
- 7.³⁾ hinsichtlich des § 21b Z 15, § 21e Abs. 1 Z 3, 4, 6, 7 und 9, § 21e Abs. 2 und § 21f Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 298/1995 mit 1. Jänner 1995,
- 8.⁹⁾ (Anm.: Durch Art. 2 § 2 Abs. 2 Z 45, BGBl. I Nr. 2/2008, als nicht mehr geltend festgestellt),
- 9.³⁾ hinsichtlich des § 21a Z 4, § 21b Z 3, § 21c Abs. 1 Z 5 und 6, § 21d, § 21e Abs. 1 Z 5 bis 7, § 21e Abs. 1 Z 8 lit. a, § 21e Abs. 2, § 21f Abs. 1 Z 1 und 5, § 21f Abs. 3, § 21h Abs. 1, § 21i Abs. 4, § 21k Abs. 1 Z 3, § 29 Abs. 1 a, § 33 und § 42 a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 420/1996 mit 1. Juli 1996,
- 10.⁹⁾ (Anm.: Durch Art. 2 § 2 Abs. 2 Z 45, BGBl. I Nr. 2/2008, als nicht mehr geltend festgestellt),
- 11.⁴⁾ hinsichtlich der §§ 19, 19a und 20 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 133/1997 mit 1. Jänner 1998, wobei die §§ 19a und 20 erstmalig auf den für das Finanzjahr 1998 zu erstellenden Finanzplan, der § 19 jedoch erstmalig auf den für das Finanzjahr 1999 zu erstellenden Finanzplan anzuwenden sind,
- 12.⁴⁾ hinsichtlich der §§ 5 Abs. 9, 12 Z 14, 18 Abs. 1, 19b, 21, 22 Abs. 5, 25, 26, 27, 28b, 29 Abs. 4, 34 Abs. 3 sowie 40 Abs. 3 bis 5 in der Fassung des Bundesgesetzes, BGBl. I Nr. 133/1997 mit Ablauf des Tages der Kundmachung,
- 13.⁶⁾ hinsichtlich der §§ 21d Abs. 2 und 3, 21f Abs. 3, 21l Abs. 1 und § 42a Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 108/2001 mit 1. Jänner 2002,
- 14.⁹⁾ (Anm.: Durch Art. 2 § 2 Abs. 2 Z 45, BGBl. I Nr. 2/2008, als nicht mehr geltend festgestellt),
- 15.⁸⁾ hinsichtlich des § 4 Abs. 1, des § 12 Z 7 bis 11, des Entfalls von § 12 Z 14, des Entfalls der §§ 15 und 16, des § 17 Abs. 7, des § 18 Abs. 1, des § 19 Abs. 2, 4 und 5, des Entfalls von § 19a, des 19b, des § 20 Abs. 1 und 4, des § 21a, des § 21b Z 3, 8 und 16, des § 21c Abs. 1 Z 9, des § 21d Abs. 1, 1a, 2 und 4, des § 21e Abs. 1 Z 3, 6 und 9, des § 21g Abs. 1 und 3, des § 21l Abs. 2a, des § 25 Abs. 1, des § 29 Abs. 3 und 4, des § 31 Abs. 1 und 3, des § 39a und des § 40 Abs. 3 und 5 bis 8 in der Fassung des Bundesgesetzes, BGBl. I Nr. 55/2007 mit 1. Juli 2007,

- 16.⁸⁾ hinsichtlich des § 11 Abs. 1 und 3a in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 55/2007 mit 1. August 2007,
- 17.¹⁰⁾ hinsichtlich des § 21d Abs.3 und des § 22 Abs. 3 und 4 in der Fassung des Bundesgesetzes, BGBl. I Nr. 55/2007 mit 1. Jänner 2008,
- 18.¹⁰⁾ (**Verfassungsbestimmung**) hinsichtlich des § 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 177/2013 mit dem der Kundmachung folgenden Tag,
- 19.¹⁰⁾ hinsichtlich der § 14 Abs. 5, § 21d Abs. 4 und 6, § 21j Abs. 3, § 31 Abs. 2, § 40 Abs. 9, § 42a Abs. 1 und § 43 Abs. 5 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 177/2013 mit dem der Kundmachung folgenden Tag,
- 20.¹⁰⁾ hinsichtlich der § 21b Z 14 bis 17, § 21c Abs. 1 Z 8 und 9, § 21c Abs. 3, § 21d Abs. 1, § 21d Abs. 2 Z 18, § 21d Abs. 3 und 5, § 21e Abs. 1 Z 9, § 21f Abs. 1 Z 5 und 6, § 21f Abs. 2, § 21g Abs. 1 und 1a, § 21h Abs. 1 und § 21k Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 177/2013 mit 1. August 2013 und
- 21.¹⁰⁾ hinsichtlich der § 21b Z 8, § 21d Abs. 2 Z 7, 9 und 10, § 21f Abs. 1 Z 4, § 21i Abs. 2 und 3 und § 29 Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 177/2013 mit 1. Jänner 2014 in Kraft,
- 22.¹¹⁾ hinsichtlich § 22 Abs. 8 und 9 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 46/2014 mit 1. Jänner 2015 in Kraft.

(2) Die für die Errichtung erforderlichen Maßnahmen können bereits ab der Verlautbarung dieses Bundesgesetzes getroffen werden. Die für die ordnungsgemäße Abwicklung der Aufgaben der AMA notwendigen Verordnungen können ab der Verlautbarung dieses Bundesgesetzes erlassen werden, sie treten jedoch mit Ausnahme der Geschäftsordnung frühestens mit 1. Juli 1993 in Kraft. Die Geschäftsordnung kann bereits ab 1. Oktober 1992 in Kraft treten.

(3)¹⁾ Verordnungen gemäß § 21d können ab dem Tag der Verlautbarung dieses Bundesgesetzes erlassen werden. Sie treten jedoch frühestens mit 1. November 1994 in Kraft.

(4)⁶⁾ Verordnungen gemäß § 21d in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 108/2001 können ab dem Tag der Verlautbarung dieses Bundesgesetzes erlassen werden. Sie treten jedoch frühestens mit 1. Jänner 2002 in Kraft.

(5)¹⁰⁾ Verordnungen gemäß § 21d in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 177/2013 können bereits ab dem der Kundmachung dieses Bundesgesetzes folgenden Tag erlassen werden. Sie dürfen jedoch hinsichtlich Wein gemäß § 21d Abs. 2 Z 18 frühestens mit 1. August 2013 und hinsichtlich der in § 21d Abs. 2 Z 7, 9 und 10 genannten Produkte frühestens mit 1. Jänner 2014 in Kraft treten.

Vollziehung

§ 44. (1) (Verfassungsbestimmung) Mit der Vollziehung des § 1 ist die Bundesregierung betraut.

(2)⁶⁾ Soweit in den übrigen Bestimmungen dieses Bundesgesetzes nicht ausdrücklich anderes bestimmt ist, ist mit deren Vollziehung der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, in Angelegenheiten jedoch,

1. die den Wirkungsbereich eines anderen Bundesministers betreffen, dieser Bundesminister,
2. die den Wirkungsbereich der Bundesregierung betreffen, die Bundesregierung betraut.

- 1) i.d.F. BGBl. Nr. 664/1994
- 2) i.d.F. BGBl. Nr. 298/1995
- 3) i.d.F. BGBl. Nr. 420/1996
- 4) i.d.F. BGBl. I Nr. 133/1997
- 5) i.d.F. BGBl. I Nr. 154/1999
- 6) i.d.F. BGBl. I Nr. 108/2001
- 7) i.d.F. BGBl. I Nr. 13/2006
- 8) i.d.F. BGBl. I Nr. 55/2007
- 9) i.d.F. BGBl. I Nr. 2/2008
- 10) i.d.F. BGBl. I Nr. 177/2013
- 11) i.d.F. BGBl. I Nr. 46/2014

II. Geschäftsordnung der Agrarmarkt Austria

Kundgemacht im Verlautbarungsblatt der AMA Nr. 7/2013.

A b s c h n i t t I

Allgemeine Bestimmungen

Sitz der AMA

§ 1. Die AMA hat den Sitz ihrer Zentrale in Wien.

Gestaltung des externen Schriftverkehrs

§ 2. Im externen Schriftverkehr haben die Schriftstücke an ihrem Beginn jedenfalls den Aufdruck "Agrarmarkt Austria", die genaue Anschrift und das Bundeswappen zu enthalten. Bei Bescheiden und Verordnungen haben die Schriftstücke außerdem die genaue Bezeichnung jenes Organs der AMA, welches dieses Schriftstück erlassen hat, zu enthalten.

Zeichnung von Schriftstücken

§ 3. (1) Schriftstücke, die aufgrund von Beschlüssen des Verwaltungsrats ergehen, sind vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats oder in dessen Verhinderungsfall von einem seiner Stellvertreter zu unterzeichnen.

(2) Schriftstücke, die aufgrund von Beschlüssen des Kontrollausschusses ergehen, sind vom Vorsitzenden des Kontrollausschusses und von dessen Stellvertreter zu unterzeichnen.

(3) Schriftstücke, die aufgrund von Beschlüssen eines Fachbeirats ergehen, sind vom Vorsitzenden des Fachbeirats oder im Verhinderungsfall von dessen Stellvertreter zu unterzeichnen.

(4) Hinsichtlich der Schriftstücke von anderen Organen der AMA wird auf die Zeichnungsbefugnisse des Vorstands, einzelner Mitglieder des Vorstands und von bestimmten Mitarbeitern der AMA verwiesen.

(5) Bis zur Bestellung eines Vorstands sind Schriftstücke, die aufgrund von Beschlüssen des Verwaltungsrats ergehen, vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats oder in dessen Verhinderungsfall von einem seiner Stellvertreter sowie von einem weiteren Stellvertreter des Vorsitzenden zu unterzeichnen.

Abschnitt II

Organe der AMA

Allgemeines

§ 4. Organe der AMA sind:

1. der Verwaltungsrat,
2. der Vorstand oder einzelne Mitglieder des Vorstands,
3. der Kontrollausschuss.

A. Verwaltungsrat

Zusammensetzung

§ 5. Der Verwaltungsrat besteht aus 12 Mitgliedern und 12 Ersatzmitgliedern, die von den gemäß § 11 Abs. 1 des AMA-Gesetzes entsendungsberechtigten Stellen namhaft gemacht worden sind. Die Ersatzmitglieder treten im Fall der Verhinderung von Mitgliedern wahlweise an ihre Stelle. Alle Mitglieder und Ersatzmitglieder erlangen ihre Stellung durch Angelobung durch den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Aufgaben

§ 6. Der Verwaltungsrat hat folgende Aufgaben:

1. Bestellung der Mitglieder des Vorstands und des Vorstandsvorsitzenden sowie Abschluss der Dienstverträge mit diesen unter Beachtung der §§ 6 bis 8 des AMA-Gesetzes sowie Erlassung einer Geschäftsordnung des Vorstands betreffend den Vorstand und die interne Organisation des Büros der AMA,
2. Erlassung und Änderungen der Geschäftsordnung,
3. Beschluss des Finanzplans (einschließlich des Personalplans) und des Jahresabschlusses sowie allfällige Änderungen des Finanzplans,
4. Erlass grundsätzlicher Richtlinien für die Tätigkeit des Vorstands,
5. Überwachung der Geschäftsführung des Vorstands,
6. Genehmigung folgender Maßnahmen des Vorstands im Vorhinein:
 - a) Erwerb, Veräußerung und Belastung von Liegenschaften und
 - b) Einzelinvestitionen, deren Anschaffungskosten insgesamt in einem Jahr EUR 36.500,00 übersteigen,
7. Einsetzung eines Kontrollausschusses zur Prüfung der Gebarung der AMA und des Jahresabschlusses, Bestellung von dessen Mitgliedern sowie dessen Vorsitzenden und dessen Stellvertreter und Abberufung dieser Personen,
8. Unterbreitung von Vorschlägen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft in Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Märkte,
9. Vollziehung der Aufgaben des eigenen Wirkungsbereiches, soweit hierfür nicht der Vorstand zuständig ist,
10. Erlassung näherer Vorschriften, die für die Markt- und Preisberichterstattung zur Wahrnehmung der durch Gesetz oder Verordnung übertragenen Aufgaben notwendig sind und soweit keine Verordnungen gemäß § 23 Marktordnungsgesetz (MOG) zu erlassen sind,
11. Einsetzung von Fachbeiräten,

12. Bestellung eines beeideten Wirtschaftsprüfers und Steuerberaters oder einer entsprechenden Gesellschaft zur Prüfung der Gebarung und des Jahresabschlusses,
13. Entlastung des Vorstands bei ordnungsgemäßer Geschäftsführung insbesondere aufgrund des Jahresabschlusses,
14. Versagung der Entlastung des Vorstands bei nicht ordnungsgemäßer Geschäftsführung,
15. Einholung der Bestätigung der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und für Finanzen zur Entlastung des Vorstands,
16. Berechtigung zum Abschluss eines Kollektivvertrags betreffend die Dienstnehmer der AMA,
17. Einholung der Genehmigung zur Geschäftsordnung vom Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft,
18. Festlegung von Grundsätzen für die Markt- und Preisberichterstattung,
19. Genehmigung des Jahresprogramms der AMA für den eigenen Wirkungsbereich und allfälliger Änderungen,
20. Feststellung des Erlöschens der Mitgliedschaft eines Mitglieds des Vorstands oder des Vorstandsvorsitzenden,
21. Festsetzung der Höhe der Reise- und Aufenthaltsgebühren sowie allfälliger Sitzungsgelder für Ersatzmitglieder des Verwaltungsrats, Mitglieder und Ersatzmitglieder der Fachbeiräte und des Kontrollausschusses,
22. Errichtung und Auflösung von Kapitalgesellschaften, Zustimmung zum Abschluss und zur Abänderung von Verträgen im Zusammenhang mit § 39 a AMA-Gesetz sowie Zustimmung zum Erwerb oder zur Abtretung von Geschäftsanteilen oder von Anteilen von Geschäftsanteilen,
23. Entscheidung über vorgelegte Fragen betreffend die Zuständigkeit anderer Organe der AMA,
24. Errichtung von Regionalbüros,
25. Verteilung von Aufgaben auf einzelne Mitglieder des Vorstands und auf Mitarbeiter der AMA zur selbständigen Erledigung und Gestaltung der Zeichnungsbefugnisse in diesen Bereichen,
26. Grundsatzbeschlüsse betreffend Maßnahmen, die entscheidenden Einfluss auf die Struktur eines Wirtschaftsbereichs haben (z.B. Stilllegungsaktionen),
27. Erlassung aller Verordnungen, die in den Zuständigkeitsbereich der AMA fallen,
28. Erledigung sämtlicher Aufgaben, die nicht aufgrund der Geschäftsordnung einem anderen Organ vorbehalten sind.

Sitzungen

§ 7. (1) Die Sitzungen werden vom Vorsitzenden in der Regel vierzehn Tage vor Zusammentritt des Verwaltungsrats unter Angabe des Orts, der Zeit und der vorläufigen Tagesordnung und unter Beibringung sämtlicher zur Information der Mitglieder (Ersatzmitglieder) notwendigen Unterlagen schriftlich (auch per e-mail oder per Telefax) einberufen. Hievon sind gleichzeitig auch der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie die diesen Bundesminister im Rahmen der Ausübung des Aufsichtsrechts vertretenden Personen, der Vorsitzende des Zentralbetriebsrates sowie ein weiteres vom Zentralbetriebsrat namhaft gemachtes Mitglied und sämtliche Mitglieder des Vorstands zu verständigen.

(2) Auf Verlangen von mindestens zwei Mitgliedern des Verwaltungsrats hat der Vorsitzende ehestmöglich eine Sitzung einzuberufen.

(3) Die Unterlagen sind allen Mitgliedern (Ersatzmitgliedern) des Verwaltungsrats, dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie jenen

Personen, die diesen Bundesminister im Rahmen der Ausübung des Aufsichtsrechts vertreten und dem Vorsitzenden des Zentralbetriebsrates sowie dem weiteren vom Zentralbetriebsrat namhaft gemachtem Mitglied, zu übermitteln. Ferner sind diese Unterlagen auch sämtlichen Mitgliedern des Vorstands zur Verfügung zu stellen.

(4) In dringenden Fällen kann die Einladung auch telefonisch oder mündlich erfolgen, jedoch mit einem Termin, der jedem Mitglied die Zureise ermöglicht. Sofern ein Mitglied des Verwaltungsrats verhindert ist, an den Sitzungen teilzunehmen, hat es ein Ersatzmitglied zu verständigen.

(5) Die Sitzungen des Verwaltungsrats sind nicht öffentlich. Über vertrauliche Angaben haben alle Sitzungsteilnehmer Stillschweigen zu bewahren.

(6) An den Sitzungen des Verwaltungsrats haben sämtliche Mitglieder des Vorstands - ausgenommen im Verhinderungsfall - mit beratender Stimme teilzunehmen. Über Wunsch des Vorstands oder des Verwaltungsrats sind Dienstnehmer der AMA mit beratender Stimme zu den Sitzungen des Verwaltungsrats beizuziehen.

Zusammenstellung der provisorischen Tagesordnung

§ 8. (1) Der Vorsitzende hat für die Sitzung des Verwaltungsrats eine provisorische Tagesordnung festzulegen, die sämtliche Angelegenheiten zu umfassen hat, die vom Verwaltungsrat zu behandeln sind und die bis zum Zeitpunkt der Erstellung der provisorischen Tagesordnung anhängig gemacht wurden.

(2) Ist eine Angelegenheit noch nicht soweit gediehen, dass eine Entscheidung durch den Verwaltungsrat möglich wäre, ist diese vom Vorsitzenden nicht in die provisorische Tagesordnung aufzunehmen.

(3) Jedes Mitglied des Verwaltungsrats kann auf schriftlichem Weg verlangen, dass eine bestimmte Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Verwaltungsrats aufgenommen wird. Der Vorsitzende hat diesem Verlangen jedenfalls zu entsprechen.

Sitzungsablauf

§ 9. (1) Die Sitzungen des Verwaltungsrats werden vom Vorsitzenden eröffnet, geleitet und geschlossen.

(2) Zunächst ist über die provisorische Tagesordnung und die Reihenfolge der in Behandlung zu ziehenden Tagesordnungspunkte zu beraten und zu beschließen.

(3) Der Verwaltungsrat kann - insbesondere bei einer umfangreichen Tagesordnung - eine Beschränkung der Redezeit beschließen.

(4) Der Vorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Anmeldung. Außerhalb der Reihenfolge muss das Wort nur dem Antragsteller zum betreffenden Tagesordnungspunkt erteilt werden. Der Vorsitzende kann jederzeit das Wort ergreifen.

(5) Der Vorsitzende hat die Sitzungen im Sinne einer effizienten Sitzungsökonomie zu leiten.

(6) Der Vorsitzende hat Anträge auf Schluss der Rednerliste, Beschränkung der Redezeit, Schluss der Debatte und Schluss der Sitzung sofort zur Abstimmung zu bringen. Wird der Antrag auf Schluss der Debatte zum Beschluss erhoben, so ist der in Beratung stehende Antrag vom Vorsitzenden zu rekapitulieren und hierauf die Abstimmung durchzuführen.

(7) Der Vorsitzende ist nicht verpflichtet, auf Anfragen, die außerhalb der Tagesordnung stehen, sofort zu antworten. Er muss jedoch solche Anfragen schriftlich oder mündlich binnen vierzehn Tagen beantworten.

(8) Der Vorsitzende hat auf die allfällige Befangenheit von Mitgliedern (Ersatzmitgliedern) sowie sonst bei der Sitzung anwesenden Personen Bedacht zu nehmen und diese Personen von der Beratung und Beschlussfassung jener Angelegenheiten, in denen sie befangen sind, auszuschließen.

Beziehung von Sachverständigen zu den Sitzungen

§ 10. Der Vorsitzende oder seine Stellvertreter sind berechtigt, zu einzelnen Tagesordnungspunkten Sachverständige beizuziehen.

Beschlussfassung

§ 11. (1) Zur Abstimmung dürfen nur die in der Tagesordnung festgelegten Angelegenheiten gebracht werden, sofern der Verwaltungsrat in einer gesonderten Abstimmung nichts Gegenteiliges beschließt.

(2) Die Abstimmung hat offen zu erfolgen.

(3) Der Verwaltungsrat ist beschlussfähig, wenn mindestens $\frac{3}{4}$ der Mitglieder (Ersatzmitglieder), unter denen sich der Vorsitzende oder ein Stellvertreter befinden muss, anwesend sind.

(4) Ist die Mitgliedschaft eines Mitglieds erloschen und wurde ein Nachfolger noch nicht bestellt, verringert sich bis zur Neubestellung die Gesamtzahl der Mitglieder entsprechend.

(5) Der Verwaltungsrat fasst gültige Beschlüsse mit einer Mehrheit von $\frac{4}{5}$ der abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen gelten als ablehnende Stimmen.

(6) Beschlüsse des Verwaltungsrats sind vom Vorsitzenden oder im Verhinderungsfall von dessen Stellvertreter zu unterzeichnen.

Sitzungsprotokoll

§ 12. (1) Jeder Sitzung des Verwaltungsrats ist mindestens ein Schriftführer, nach Möglichkeit aus dem Stande der Angestellten der AMA, beizuziehen. Er hat das Sitzungsprotokoll zu führen, aus dem die gestellten Anträge, die gefassten Beschlüsse und das Stimmenverhältnis der Beschlussfassung zu ersehen sind. Bei nicht einhelligem Abstimmungsergebnis wird im Protokoll festgehalten, wer für oder gegen den Antrag gestimmt hat.

(2) Jeder Sitzungsteilnehmer kann verlangen, dass seine Ausführungen in wesentlichen Teilen wörtlich in die Niederschrift aufgenommen werden oder eine von ihm verfasste schriftliche Darstellung seiner Ausführungen der Niederschrift angeschlossen wird.

(3) Der Vorsitzende hat das Protokoll allen Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Verwaltungsrats, sämtlichen Mitgliedern des Vorstands, dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, sämtlichen mit der Vertretung des Bundesministers betrauten Personen, dem Vorsitzenden des Zentralbetriebsrates sowie dem weiteren vom Zentralbetriebsrat namhaft gemachtem Mitglied sowie auszugsweise – soweit dies für die richtige Wiedergabe von Wortmeldungen erforderlich ist – auch sonstigen, bei der Sitzung anwesenden Personen umgehend zu übermitteln.

(4) Das Protokoll ist vertraulich zu behandeln.

(5) In der nächsten Sitzung des Verwaltungsrats ist das Protokoll zu beschließen oder aufgrund eventueller Anträge richtig zu stellen. Es ist sodann vom Vorsitzenden oder im Verhinderungsfall von einem Stellvertreter zu unterfertigen.

Ausschluss von der Gewährung von Sitzungsgeldern

§ 13. Mitglieder des Verwaltungsrats, die Ansprüche auf Entschädigung gemäß § 13 Abs. 1 des AMA-Gesetzes haben, sind von der Gewährung allfälliger Sitzungsgelder ausgeschlossen.

Aufgaben des Vorsitzenden des Verwaltungsrats und seiner Stellvertreter bei Ausschreibung des Vorstands

§ 14. (1) Der Vorsitzende des Verwaltungsrats und seine Stellvertreter haben bei Bedarf aufgrund der eingelangten Bewerbungen die allenfalls erforderlichen ergänzenden Erhebungen zu den einzelnen Bewerbern, einschließlich eines Bewerbungsgesprächs, durchzuführen.

(2) Aufgrund der Ergebnisse ihrer Ermittlungen haben der Vorsitzende des Verwaltungsrats und dessen Stellvertreter innerhalb von zwei Monaten ab dem Ablauf der Bewerbungsfrist dem Verwaltungsrat einen Besetzungsvorschlag zu erstatten.

B. Vorstand

Zusammensetzung

§ 15. (1) Der Vorstand besteht aus bis zu vier Mitgliedern, wovon ein Mitglied die Funktion des Vorstandsvorsitzenden ausübt.

(2) Der Vorstand fasst gültige Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorstandsvorsitzenden den Ausschlag.

(3) Der Vorstand ist beschlussfähig,

- a) wenn der Vorstand aus vier Mitgliedern besteht, bei Anwesenheit von mindestens drei Mitgliedern;
- b) wenn der Vorstand aus drei Mitgliedern besteht, bei Anwesenheit von mindestens zwei Mitgliedern;
- c) wenn der Vorstand aus zwei Mitgliedern besteht, bei Anwesenheit beider Mitglieder.

Davon abweichend sind die vom Verwaltungsrat der AMA in der Geschäftsordnung des AMA-Vorstands festgelegten Bestimmungen maßgeblich für den Fall, dass Vorstandsmitglieder – aus welchem Grund auch immer – abwesend sind und gleichzeitig bis zu deren Rückkehr mit der Durchführung bestimmter Aufgaben des Kollegialorgans Vorstand nicht zugewartet werden kann.

Aufgaben

§ 16. Die Aufgaben des Vorstands, des Vorstandsvorsitzenden und der Vorstandsmitglieder sind in der Geschäftsordnung des AMA-Vorstands geregelt.

C. Kontrollausschuss

Zusammensetzung des Kontrollausschusses

§ 17. (1) Der Kontrollausschuss besteht aus 8 Mitgliedern (Ersatzmitgliedern), die von den gemäß § 11 Abs. 1 des AMA-Gesetzes entsendungsberechtigten Stellen namhaft gemacht worden sind und auf Grund eines Beschlusses des Verwaltungsrats vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats angelobt wurden.

(2) Im Fall der Verhinderung eines Mitglieds treten an ihre Stelle die von der gemäß § 11 Abs. 1 des AMA-Gesetzes entsendungsberechtigten Stelle namhaft gemachten und auf Grund eines Beschlusses des Verwaltungsrats vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats angelobten Ersatzmitglieder.

(3) Die Angelobung von Mitgliedern (Ersatzmitgliedern) des Kontrollausschusses ist nicht zulässig, wenn diese Personen Mitglied des Vorstands oder des Verwaltungsrats der AMA sind oder die Wählbarkeit zum Nationalrat nicht gegeben ist.

Aufgaben des Kontrollausschusses

§ 18. Der Kontrollausschuss hat folgende Aufgaben:

1. Prüfung der gesamten Gebarung der AMA und allenfalls nach § 39 a AMA-Gesetz errichteter Kapitalgesellschaften,
2. Prüfung des Jahresabschlusses der AMA und allenfalls nach § 39 a AMA-Gesetz errichteter Kapitalgesellschaften,
3. Erstattung eines Berichts an die Generalversammlung allenfalls nach § 39 a AMA-Gesetz errichteter Kapitalgesellschaften und an den Verwaltungsrat der AMA über die Ergebnisse dieser Prüfungen.

Vorsitzender und dessen Stellvertretung im Kontrollausschuss

§ 19. Den Vorsitz im Kontrollausschuss führt ein von der Bundesarbeitskammer hiefür namhaft gemachtes und in dieser Funktion gemäß § 17 angelobtes Mitglied. Sein Stellvertreter ist ein von der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs hiefür namhaft gemachtes und in dieser Funktion gemäß § 17 angelobtes Mitglied.

Sitzungen des Kontrollausschusses

§ 20. (1) Die Sitzungen des Kontrollausschusses sind im Bedarfsfall abzuhalten. Dabei ist § 7 Abs. 1, 2 und 4 anzuwenden.

(2) Die Unterlagen sind allen Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Kontrollausschusses zu übermitteln.

(3) Die Sitzungen des Kontrollausschusses sind nicht öffentlich.

(4) An den Sitzungen des Kontrollausschusses hat auf Verlangen des Kontrollausschusses das für den jeweiligen Geschäftsbereich zuständige Mitglied des Vorstands mit beratender Stimme, insbesondere zur Erteilung von Auskünften, teilzunehmen.

Zusammenstellung der provisorischen Tagesordnung des Kontrollausschusses

§ 21. Hinsichtlich der provisorischen Tagesordnung des Kontrollausschusses gilt § 8 mit der Maßgabe, dass anstelle des Begriffs "Verwaltungsrat" der Begriff "Kontrollausschuss" tritt.

Sitzungsablauf des Kontrollausschusses

§ 22. Hinsichtlich des Sitzungsablaufs des Kontrollausschusses gilt § 9 mit der Maßgabe, dass anstelle des Begriffs "Verwaltungsrat" der Begriff "Kontrollausschuss" tritt.

Beschlussfassung im Kontrollausschuss

§ 23. (1) Zur Abstimmung dürfen nur die in der Tagesordnung festgelegten Angelegenheiten gebracht werden, sofern der Kontrollausschuss in einer gesonderten Abstimmung nichts Gegenteiliges beschließt.

(2) Die Abstimmung hat offen zu erfolgen.

(3) Der Kontrollausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens 3/4 der Mitglieder (Ersatzmitglieder), unter denen sich der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter befinden muss, anwesend sind. Gültige Beschlüsse sind mit einfacher Stimmenmehrheit zu fassen. Stimmenthaltungen gelten als ablehnende Stimmen.

(4) Mitglieder des Kontrollausschusses, deren Anträge nicht die erforderliche Mehrheit erreicht haben, können die Aufnahme eines Minderheitsberichts in den an den Verwaltungsrat vorzulegenden Bericht verlangen.

(5) Beschlüsse des Kontrollausschusses sind jeweils vom Vorsitzenden oder im Verhinderungsfall von dessen Stellvertreter zu unterzeichnen.

Sitzungsprotokoll des Kontrollausschusses

§ 24. Hinsichtlich des Sitzungsprotokolls des Kontrollausschusses gilt § 12 mit der Maßgabe, dass anstelle des Begriffs "Verwaltungsrat" der Begriff "Kontrollausschuss" tritt.

D. Sitzungsgelder, Reise- und Aufenthaltsgebühren

§ 25 (1) Das Sitzungsgeld für Ersatzmitglieder des Verwaltungsrats beträgt im Vertretungsfalle EUR 181,68 pro Sitzung.

(2) Das Sitzungsgeld für Mitglieder (Ersatzmitglieder) des Kontrollausschusses beträgt EUR 94,47 pro Sitzung. Dem Vorsitzenden des Kontrollausschusses und dessen Stellvertreter gebührt kein Sitzungsgeld.

(3) Reise- und Aufenthaltsgebühren für Mitglieder und Ersatzmitglieder des Verwaltungsrats, des Kontrollausschusses und der Fachbeiräte werden wie folgt vergütet:

1. Reisegebühren stehen zu für Fahrten vom Wohnort oder Dienstort oder Sitz des eigenen Unternehmens zum Sitzungsort der Organe der AMA unter Zugrundelegung der km-kürzesten Wegstrecke. Bei Verwendung des eigenen PKW steht das amtliche Kilometergeld zu. Bei Verwendung öffentlicher Verkehrsmittel können die Fahrtkosten erster Klasse verrechnet werden. Zum Fahrpreis zählen auch die Kosten, die mit der Bestellung der Fahrkarten verbunden sind.

Wenn es aus zwingenden Gründen erforderlich ist, in der Nacht zu reisen oder ein Flugzeug zu benützen, werden die tatsächlich aufgewendeten und nachgewiesenen Kosten für Schlafwagen oder Flugzeug ersetzt, wenn die Benützung dieser Verkehrsmittel im Vorhinein vom Vorsitzenden des Verwaltungsrats, des Kontrollausschusses oder des Fachbeirats bzw. im Verhinderungsfall von dessen Stellvertreter genehmigt wurde.

2. Eine Aufenthaltsgebühr steht zu, wenn die Sitzungsteilnahme eine Übernachtung erforderlich macht, und zwar in Höhe der Nächtigungsgebühr für Beamte der Gebührenstufe 3 nach der Reisegebührenvorschrift des Bundes. Wenn nachgewiesen wird, dass die tatsächlichen unvermeidlichen Auslagen für die in Anspruch genommene Nachtunterkunft die zustehende Nächtigungsgebühr übersteigen, kann ein Zuschuss zur Nächtigungsgebühr (Aufenthaltsgebühr) bis zur Höhe der tatsächlich nachgewiesenen Auslagen, höchstens aber bis zu 350 vH der Nächtigungsgebühr gewährt werden. Jahreszeitlich bedingte Beheizungszuschläge dürfen hiebei, soweit sie in dem Zuschuss nicht Deckung finden, gesondert in Rechnung gestellt werden.

Grundlage für die Bemessung des Zuschusses ist der im Kostennachweis genannte Rechnungsbetrag abzüglich der Frühstückskosten. Ist die Höhe der Frühstückskosten aus dem Kostennachweis nicht ersichtlich, so ist der Rechnungsbetrag um 15 vH der einem Beamten der Gebührenstufe 3 nach Tarif I der Reisegebührenvorschrift des Bundes gebührenden Tagesgebühr zu kürzen.

(4) Den Sachverständigen gebühren für ihre Tätigkeit weder Sitzungsgelder, noch Reise- und Aufenthaltsgebühren.

A b s c h n i t t I I I

Fachbeiräte

Arten der Fachbeiräte

§ 26. Folgende Fachbeiräte werden im Rahmen der AMA eingerichtet:

1. Fachbeirat für Getreide, Ölsaaten, Zucker und Stärke,
2. Fachbeirat für Obst und Gemüse und andere pflanzliche Erzeugnisse,
3. Fachbeirat für Milch und Milcherzeugnisse,
4. Fachbeirat für Vieh und Fleisch,
5. Fachbeirat für Eier und Geflügel

Zuständigkeitsbereiche

§ 27. Den einzelnen Fachbeiräten werden folgende von der AMA zu vollziehende gemeinsame Marktordnungen der EU zugeordnet:

1. Fachbeirat für Getreide, Ölsaaten, Zucker und Stärke:
 - Getreide und Ölsaaten
 - Reis
 - Saatgut
 - Trockenfutter
 - Öle und Fette
 - Zucker
 - Kartoffelstärke
2. Fachbeirat für Obst und Gemüse und andere pflanzliche Erzeugnisse:
 - Obst und Gemüse
 - Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse
 - lebende Pflanzen und Waren des Blumenhandels
 - Tabak
 - Flachs und Hanf
 - Hopfen
3. Fachbeirat für Milch und Milcherzeugnisse:
 - Milch und Milchprodukte
4. Fachbeirat für Vieh und Fleisch:
 - Rindfleisch
 - Schweinefleisch
 - Schaf- und Ziegenfleisch
 - Fischereierzeugnisse
5. Fachbeirat für Eier und Geflügel:
 - Eier
 - Geflügel

Zusammensetzung

§ 28. (1) Die Fachbeiräte bestehen aus je 8 Mitgliedern (Ersatzmitgliedern), die von den gemäß § 11 Abs. 1 des AMA-Gesetzes entsendungsberechtigten Stellen namhaft gemacht werden.

(2) Im Fall der Verhinderung von Mitgliedern treten an ihre Stelle die von der gemäß § 11 Abs. 1 des AMA-Gesetzes entsendungsberechtigten Stelle namhaft gemachten Ersatzmitglieder.

(3) Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft wird zu den Sitzungen der Fachbeiräte eingeladen, selbst oder durch Vertreter teilzunehmen.

Aufgaben der Fachbeiräte

§ 29. (1) Die Fachbeiräte beraten das jeweils zuständige Vorstandsmitglied und den Verwaltungsrat in Fragen des jeweiligen Warenbereiches unmittelbar.

(2) Die Fachbeiräte sollen insbesondere die jeweilige Marktsituation und deren Entwicklungstendenzen im Hinblick auf anstehende marktrelevante Fragen aufzeigen. Sie können dem zuständigen Vorstandsmitglied und dem Verwaltungsrat Vorschläge in Angelegenheiten der landwirtschaftlichen Märkte unterbreiten. Insoweit steht dem Fachbeirat das Recht auf Auskunftserteilung und Anhörung zu.

(3) Den in die Fachbeiräte entsendungsberechtigten Stellen sowie den Mitgliedern und Ersatzmitgliedern der Fachbeiräte steht es frei, unter Geheimhaltung betriebsbezogener Daten in der Öffentlichkeit die jeweilige Marktsituation und deren Entwicklungstendenzen im Hinblick auf anstehende marktrelevante Fragen aufzuzeigen. Dieses Recht der Marktinformation steht insbesondere den Vorsitzenden der Fachbeiräte und deren Stellvertretern als genannte Funktionsträger zu.

(4) Die Fachbeiräte erhalten regelmäßig Bericht über die Verwaltungsausschüsse der Europäischen Kommission.

(5) Das jeweils zuständige Vorstandsmitglied hat regelmäßige Informationen an die Mitglieder der Fachbeiräte zu richten.

(6) Die Fachbeiräte haben den Verwaltungsrat über ihre Tätigkeit, insbesondere über Stellungnahmen und Äußerungen, die sie dem zuständigen Vorstandsmitglied gegenüber unmittelbar abgegeben haben, zu unterrichten.

Vorsitzender und dessen Stellvertreter in den Fachbeiräten

§ 30. (1) Den Vorsitz in den Fachbeiräten führt ein von der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs namhaft gemachtes Mitglied.

(2) Die Stellvertreter der Vorsitzenden werden wie folgt namhaft gemacht:

1. Fachbeirat für Getreide, Ölsaaten, Zucker und Stärke: von der Wirtschaftskammer Österreich
2. Fachbeirat für Obst und Gemüse und andere pflanzliche Erzeugnisse: vom Österreichischen Gewerkschaftsbund
3. Fachbeirat für Milch und Milcherzeugnisse: von der Bundesarbeitskammer

4. Fachbeirat für Vieh und Fleisch: vom Österreichischen Gewerkschaftsbund
5. Fachbeirat für Eier und Geflügel: von der Wirtschaftskammer Österreich

Sitzungen der Fachbeiräte

§ 31. (1) Die Sitzungen der Fachbeiräte sind im Bedarfsfall abzuhalten.

Jährlich sollen mindestens vier Sitzungen stattfinden.

Die Sitzungen werden vom jeweils zuständigen Vorstandsmitglied in der Regel sieben Tage vor Zusammentritt des Fachbeirats unter Angabe des Orts, der Zeit und der vorläufigen Tagesordnung und unter Beibringung sämtlicher zur Information der Mitglieder (Ersatzmitglieder) notwendiger und verfügbarer Unterlagen schriftlich einberufen. Hievon sind gleichzeitig auch der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und sämtliche Mitglieder des Vorstands zu verständigen. Auf Verlangen von mindestens zwei Mitgliedern des Fachbeirats hat das jeweils zuständige Vorstandsmitglied ehestmöglich eine Sitzung einzuberufen. § 7 Abs. 4 ist sinngemäß anzuwenden.

(2) Die Unterlagen sind allen Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Fachbeirats und dem Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zu übermitteln.

(3) Die Sitzungen der Fachbeiräte sind nicht öffentlich.

(4) An den Sitzungen der Fachbeiräte hat das für den jeweiligen Geschäftsbereich zuständige Mitglied des Vorstands - ausgenommen im Verhinderungsfall - mit beratender Stimme teilzunehmen. Ferner kann der Vorstandsvorsitzende an den Sitzungen mit beratender Stimme teilnehmen.

(5) An den Sitzungen der Fachbeiräte können auch die Mitglieder des Verwaltungsrats oder bei deren Verhinderung die Ersatzmitglieder mit beratender Stimme teilnehmen.

Zusammenstellung der provisorischen Tagesordnung der Fachbeiräte

§ 32. Hinsichtlich der provisorischen Tagesordnung der Fachbeiräte gilt § 8 mit der Maßgabe, dass anstelle des Begriffs "Verwaltungsrat" der Begriff "jeweiliger Fachbeirat" und anstelle des Begriffs "der Vorsitzende" der Begriff "das jeweils zuständige Vorstandsmitglied" tritt.

Sitzungsablauf

§ 33. Hinsichtlich des Sitzungsablaufs der Fachbeiräte gilt § 9 mit der Maßgabe, dass anstelle des Begriffs "Verwaltungsrat" der Begriff "jeweiliger Fachbeirat" tritt.

Beziehung von Sachverständigen zu den Sitzungen der Fachbeiräte

§ 34. (1) Jede der in § 11 Abs. 1 des AMA-Gesetzes genannten Stellen ist berechtigt, zu den Sitzungen der Fachbeiräte zwei Sachverständige (Ersatzmitglieder oder sonstige Personen) heranzuziehen.

(2) Diesen Sachverständigen gebühren für ihre Tätigkeit weder Sitzungsgelder noch Reise- und Aufenthaltsgebühren.

Beschlussfassung in den Fachbeiräten

§ 35. (1) Zur Abstimmung dürfen nur die in der Tagesordnung festgelegten Angelegenheiten gebracht werden, sofern der Fachbeirat in einer gesonderten Abstimmung nichts Gegenteiliges beschließt.

(2) Die Abstimmung hat offen zu erfolgen.

(3) Die Fachbeiräte sind beschlussfähig, wenn mindestens 3/4 der Mitglieder (Ersatzmitglieder), unter denen sich der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter befinden muss, anwesend sind.

(4) Die Fachbeiräte fassen gültige Beschlüsse mit einer Mehrheit von 4/5 der abgegebenen Stimmen. Stimmenthaltungen gelten als ablehnende Stimmen.

(5) Beschlüsse der Fachbeiräte sind jeweils vom Vorsitzenden oder im Verhinderungsfall von dessen Stellvertreter zu unterzeichnen.

Sitzungsprotokolle der Fachbeiräte

§ 36. Hinsichtlich der Sitzungsprotokolle der Fachbeiräte gilt § 12 mit der Maßgabe, dass anstelle des Begriffs "Verwaltungsrat" der Begriff "jeweiliger Fachbeirat" und anstelle des Begriffs "der Vorsitzende" der Begriff "das jeweils zuständige Vorstandsmitglied" tritt.

A b s c h n i t t I V

Schluss- und Übergangsbestimmungen

Informationspflichten der Mitglieder des Vorstands

§ 37. Das jeweils zuständige Mitglied des Vorstands hat die zuständigen Vorsitzenden der Fachbeiräte und deren Stellvertreter fortlaufend über die Angelegenheiten seines Wirkungsbereichs zu informieren. Ferner haben die Mitglieder des Vorstands regelmäßig dem Vorsitzenden des Verwaltungsrats und dessen Stellvertreter über wichtige Angelegenheiten ihres Wirkungsbereichs zu berichten.

Inkrafttreten

§ 38. (1) Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Kundmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig mit Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die bisherige "Geschäftsordnung der Agrarmarkt Austria (AMA)", kundgemacht im Verlautbarungsblatt der Agrarmarkt Austria Nr. 22/2007, außer Kraft.

III. Geschäftsordnung des AMA-Vorstandes

Kundgemacht im Verlautbarungsblatt der AMA Nr. 8/2014.

Aufgaben des Kollegialorgans Vorstand

§ 1. Der Vorstand hat folgende Aufgaben:

1. Durchführung von Beschlüssen der übrigen Organe der AMA, soweit dies nicht einem einzelnen Mitglied des Vorstands zukommt,
2. Aufstellung des Finanzplans für das künftige Finanzjahr und zeitgerechte Vorlage zur Beschlussfassung an den Verwaltungsrat sowie Vorlage eines Entwurfs für allfällige Änderungen des Finanzplans und Vorlage zur Beschlussfassung an den Verwaltungsrat,
3. Erstellung des Jahresabschlusses und Vorlage an den Verwaltungsrat zur Beschlussfassung,
4. Vorlage des vom Verwaltungsrat beschlossenen Jahresabschlusses und, soweit ein Entlastungsbeschluss vorliegt, des Entlastungsbeschlusses des Verwaltungsrats an die Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft und für Finanzen sowie an den Rechnungshof,
5. Beauftragung beedeter Wirtschaftsprüfer und Steuerberater oder einer Wirtschaftsprüfer- und Steuerberatungsgesellschaft mit der Prüfung der Gebarung der AMA gemäß § 18 Abs. 2 AMA-Gesetz, wenn es insbesondere aus Gründen der Aktualität oder des Arbeitsumfangs notwendig erscheint,
6. Beauftragung von Sachverständigen mit der Durchführung von Erhebungen oder Kontrollen gemäß § 23 des AMA-Gesetzes nach erfolgter Zustimmung des Verwaltungsrats,
7. Aufnahme von Personal im Rahmen des geltenden Personalplans,
8. Beendigung von Dienstverhältnissen von Dienstnehmern der AMA - insbesondere durch Kündigung,
9. Ausarbeitung eines Vorschlags für die Erstellung oder Änderung eines Kollektivvertrags (§ 22 Abs. 2 des AMA-Gesetzes) und Vorlage dieser Unterlagen an den Verwaltungsrat,
10. Abschluss von Betriebsvereinbarungen,
11. Interner Revisionsdienst,
12. Management Services Controlling,
13. Zentrale Dienste (Öffentlichkeitsarbeit, Behandlung von rechtlichen Angelegenheiten grundsätzlicher Natur, International Cooperation)
14. Einrichtung des Büros der AMA und organisatorische Gliederung des Büros der AMA, einschließlich notwendiger Assistenz des Vorstands,
15. Festlegung der Höhe der Entschädigung für Dienstnehmer, die anderen Rechtsträgern gemäß § 22 Abs. 7 des AMA-Gesetzes vorübergehend zur Verfügung gestellt werden,
16. Festlegung eines Entgelts für Versand- und Druckkosten des Verlautbarungsblatts der AMA,
17. Berichtspflicht gegenüber dem Verwaltungsrat, dem Kontrollausschuss und den Fachbeiräten über Angelegenheiten, die den jeweiligen Wirkungsbereich dieser Organe betreffen,
18. Abschluss und Abänderung von Verträgen im Zusammenhang mit § 39 a AMA-Gesetz nach vorheriger Zustimmung des Verwaltungsrats,
19. Behandlung aller Angelegenheiten, die weder Aufgabe des Vorstandsvorsitzenden noch des Vorstands für den GB I noch des Vorstands für den GB II sind.

Ein Vorstandsmitglied ist alleine zur Erledigung der Aufgaben des Kollegialorgans Vorstand dann berechtigt und verpflichtet, wenn das andere Vorstandsmitglied – aus welchem Grund

auch immer – abwesend ist und gleichzeitig bis zu dessen Rückkehr mit der Durchführung bestimmter Aufgaben des Kollegialorgans nicht zugewartet werden kann.

Aufgaben des Vorstandsvorsitzenden

§ 2. Der Vorstandsvorsitzende hat folgende Aufgaben:

1. Behandlung von Vorstandsangelegenheiten grundsätzlicher Bedeutung,
2. Behandlung von allgemeinen Vorstandsangelegenheiten, die sämtliche Geschäftsbereiche, insbesondere auf dem Gebiet des Personal- und Beschaffungswesens, betreffen,
3. Leitung der Sitzungen des Vorstands einschließlich der Ausübung des gesetzlichen Dirimierungsrechts,
4. Gerichtliche und außergerichtliche Vertretung der AMA im Rahmen des Wirkungsbereichs des Vorstandsvorsitzenden,
5. Zeichnungsberechtigung im Rahmen des Wirkungsbereichs des Vorstandsvorsitzenden,
6. Erteilung von Weisungen an Angestellte des Büros im Wirkungsbereich des Vorstandsvorsitzenden,
7. Ausübung der Obliegenheiten des Leiters einer Dienststelle gegenüber den Bediensteten des Amtes der AMA,
8. Umsetzung von Organbeschlüssen des Vorstands,
9. Vorbereitung der Sitzungen des Verwaltungsrats.

Aufgaben der einzelnen Mitglieder des Vorstands

Vorstand für den Geschäftsbereich I: Recht, Personal, allg. Verwaltung, Marktordnungen, Markt- und Preisberichte, Vorortkontrolle

§ 3. Das diesbezügliche Mitglied des Vorstands hat folgende Aufgaben:

1. Behandlung von Rechtsangelegenheiten der AMA sowie Unterstützung anderer Organe der AMA auf diesem Gebiet,
2. Vorbereitung von Maßnahmen des Personal- und Beschaffungswesens und deren Durchführung; letztere nur, soweit diese nicht dem Verwaltungsrat, dem Vorstand oder dem Vorstandsvorsitzenden vorbehalten sind,
3. Behandlung von Angelegenheiten der allgemeinen Verwaltung wie insbesondere Telefon, Post, Hausverwaltung,
4. Behandlung von finanziellen Angelegenheiten der AMA, soweit diese nicht dem Vorstand oder einem anderen Vorstandsmitglied vorbehalten sind, einschließlich Buchhaltung,
5. Aufbringung von Beiträgen zur Förderung des Agrarmarketingbeitrags gemäß §§ 21 a ff AMA-Gesetz,
6. Rückforderungsmanagement und Debitorenbuch,
7. Ein- und Ausfuhr-Lizenzen, Nicht-Anhang-I-Waren, Intervention und Lagerhaltung sowie Informations- und Absatzförderungsmaßnahmen der EU hinsichtlich aller Warengattungen,
8. Gekoppelte Direktzahlungen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik hinsichtlich Stärkekartoffeln, Saatgut, Milchprämie und Ergänzungszahlungen einschließlich Beurteilung der Notwendigkeit der Aufnahme von Krediten gemäß § 19b AMA-Gesetz und Einholung der Zustimmung der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie für Finanzen zur Kreditaufnahme,
9. Durchführung sonstiger Angelegenheiten, in denen die AMA hinsichtlich pflanzlicher Erzeugnisse, ausgenommen Kulturpflanzenflächenzahlungen, Körnerleguminosen und Wein zuständige Marktordnungs- und Interventionsstelle ist (§§ 6 ff MOG) einschließlich Beurteilung der Notwendigkeit der Aufnahme von Krediten gemäß § 19b AMA-Gesetz

- und Einholung der Zustimmung der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie für Finanzen zur Kreditaufnahme,
10. Durchführung sonstiger Maßnahmen gemäß §§ 3 Abs. 2 Z 2 und 3 sowie 28 AMA-Gesetz, soweit diese pflanzliche Erzeugnisse, ausgenommen Kulturpflanzenflächenzahlungen, Körnerleguminosen und Wein, betreffen, einschließlich Beurteilung der Notwendigkeit der Aufnahme von Krediten gemäß § 19b AMA-Gesetz und Einholung der Zustimmung der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie für Finanzen zur Kreditaufnahme,
 11. Durchführung sonstiger Angelegenheiten, in denen die AMA hinsichtlich Milch und Erzeugnissen aus Milch zuständige Marktordnungs- und Interventionsstelle ist (§§ 6 ff MOG) einschließlich Beurteilung der Notwendigkeit der Aufnahme von Krediten gemäß § 19b AMA-Gesetz und Einholung der Zustimmung der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie für Finanzen zur Kreditaufnahme,
 12. Durchführung sonstiger Maßnahmen gemäß §§ 3 Abs. 2 Z 2 und 3 sowie 28 AMA-Gesetz, soweit diese Milch und Erzeugnisse aus Milch betreffen, einschließlich Beurteilung der Notwendigkeit der Aufnahme von Krediten gemäß § 19b AMA-Gesetz und Einholung der Zustimmung der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie für Finanzen zur Kreditaufnahme,
 13. Maßnahmen zur Verbesserung der Erzeugung und Vermarktung von Honig,
 14. zentrale Markt- und Preisberichterstattung gemäß § 3 Abs. 1 Z 1 AMA-Gesetz, einschließlich Mittelvergabe, Durchführung des vom Verwaltungsrat beschlossenen Jahresprogramms in diesem Bereich und Erteilung von Aufträgen an Unternehmen zur Durchführung dieser Maßnahmen,
 15. Vorortkontrolle,
 16. Maßnahmen zur Qualitätssteigerung, wie insbesondere Entwicklung und Anwendung von Qualitätsrichtlinien für agrarische Produkte und daraus hergestellte Verarbeitungserzeugnisse, einschließlich Mittelvergabe, Durchführung des vom Verwaltungsrat beschlossenen Jahresprogramms in diesem Bereich und Erteilung von Aufträgen an Unternehmen zur Durchführung dieser Maßnahmen,
 17. Durchführung des Datenverkehrs im Rahmen des Wirkungsbereichs dieses Mitglieds des Vorstands,
 18. gerichtliche und außergerichtliche Vertretung der AMA im Rahmen des Wirkungsbereichs dieses Mitglieds des Vorstands,
 19. Zeichnungsberechtigung im Rahmen des Wirkungsbereichs dieses Mitglieds des Vorstands, soweit diese nicht ausdrücklich an Abteilungs- bzw. Referatsleiter delegiert wurde,
 20. Vertretung des Mitglieds des Vorstands für den GB II,
 21. Vertretung des Vorstandsvorsitzenden,
 22. Erteilung von Weisungen an Angestellte des Büros im Wirkungsbereich dieses Mitglieds des Vorstands.

**Vorstand für den GB II: EDV, Ausgleichszahlungen,
Marktordnungszahlungen**

- § 4. Das diesbezügliche Mitglied des Vorstands hat folgende Aufgaben:
1. Durchführung von Maßnahmen auf dem Gebiet der Datenverarbeitung sowie der Informatik,
 2. Betreuung von Angelegenheiten des Pressewesens und von Publikationen,
 3. Durchführung der Direktzahlungen im Bereich der Gemeinsamen Agrarpolitik (Einheitliche Betriebsprämie und andere, gekoppelte Beihilfenregelung - ausgenommen die gem. § 3 Z 8 dem Geschäftsbereich I zugeordneten Angelegenheiten),

4. Durchführung sonstiger Angelegenheiten, in denen die AMA hinsichtlich Kulturpflanzenflächenzahlungen, Körnerleguminosen und Wein zuständige Marktordnungs- und Interventionsstelle ist (§§ 6 ff MOG) einschließlich Beurteilung der Notwendigkeit der Aufnahme von Krediten gemäß § 19b AMA-Gesetz und Einholung der Zustimmung der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie für Finanzen zur Kreditaufnahme,
5. Durchführung sonstiger Maßnahmen gemäß §§ 3 Abs. 2 Z 2 und 3 sowie 28 AMA-Gesetz, soweit diese Maßnahmen die Entwicklung des ländlichen Raums betreffen, einschließlich Beurteilung der Notwendigkeit der Aufnahme von Krediten gemäß § 19b AMA-Gesetz und Einholung der Zustimmung der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie für Finanzen zur Kreditaufnahme,
6. Durchführung sonstiger Angelegenheiten, in denen die AMA hinsichtlich Vieh und Fleisch sowie tierische Produkte (ausgenommen Honig) zuständige Marktordnungs- und Interventionsstelle ist (§§ 6 ff MOG) einschließlich Beurteilung der Notwendigkeit der Aufnahme von Krediten gemäß § 19b AMA-Gesetz und Einholung der Zustimmung der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie für Finanzen zur Kreditaufnahme, dies alles jedoch mit Ausnahme der in § 3 Z 7 genannten Maßnahmen,
7. Durchführung sonstiger Maßnahmen gemäß §§ 3 Abs. 2 Z 2 und 3 sowie 28 AMA-Gesetz, soweit diese Vieh und Fleisch betreffen, einschließlich Beurteilung der Notwendigkeit der Aufnahme von Krediten gemäß § 19b AMA-Gesetz und Einholung der Zustimmung der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie Finanzen zur Kreditaufnahme,
8. Durchführung sämtlicher behördlicher Angelegenheiten, die von der AMA hinsichtlich Vieh und Fleisch nach dem Qualitätsklassengesetz bzw. Vermarktungsnormengesetz abzuwickeln sind, soweit diese Aufgaben nicht dem Verwaltungsrat vorbehalten sind,
9. Durchführung des Datenverkehrs im Rahmen des Wirkungsbereichs dieses Mitglieds des Vorstands,
10. gerichtliche und außergerichtliche Vertretung der AMA im Rahmen des Wirkungsbereichs dieses Mitglieds des Vorstands,
11. Zeichnungsberechtigung im Rahmen des Wirkungsbereichs dieses Mitglieds des Vorstands, soweit diese nicht ausdrücklich an Abteilungs- bzw. Referatsleiter delegiert wurde,
12. Vertretung des Mitglieds des Vorstands für den GB I,
13. Erteilung von Weisungen an Angestellte des Büros im Wirkungsbereich dieses Mitglieds des Vorstands.

Zeichnungsbefugnis des Vorstands und seiner Mitglieder

§ 5. (1) Schriftstücke, die den Wirkungsbereich des Kollegialorgans Vorstand betreffen, sind von beiden Vorstandsmitgliedern, im Falle des § 1 letzter Absatz von einem Vorstandsmitglied allein zu unterzeichnen.

(2) Schriftstücke, die den Wirkungsbereich des Vorstandsvorsitzenden betreffen, sind von diesem oder im Verhinderungsfall vom Stellvertreter zu unterzeichnen.

(3) Schriftstücke, die den Wirkungsbereich eines Mitglieds des Vorstands betreffen, sind von diesem oder im Verhinderungsfall vom Stellvertreter zu unterzeichnen.

Übertragung der Zeichnungsbefugnis

§ 6. (1) Das Kollegialorgan Vorstand, der Vorstandsvorsitzende und jedes Mitglied des Vorstands kann innerhalb seines Wirkungsbereichs Angelegenheiten zur selbständigen

Behandlung auf einzelne Abteilungen und Referate übertragen oder die Übertragung widerrufen. Angelegenheiten, mit deren selbständiger Behandlung ein Abteilungs- oder Referatsleiter betraut wurde, sind im Namen des Vorstands oder des Vorstandsvorsitzenden oder des jeweils zuständigen Mitglieds des Vorstands mit der Klausel "für den Vorstand" bzw. „für den Vorstandsvorsitzenden“ bzw. "für das Vorstands-Mitglied" zu unterfertigen. Eine derartige Übertragung sowie deren Widerruf sind vor Beginn ihrer Wirksamkeit im Verlautbarungsblatt der AMA zu veröffentlichen. § 24 Abs. 6 AMA-Gesetz ist anzuwenden.

(2) Zusätzlich zu der gemäß Abs. 1 möglichen Übertragung von Angelegenheiten auf einzelne Abteilungen und Referate können innerhalb eines Wirkungsbereichs Angelegenheiten der Vollziehung von Maßnahmen zur selbständigen Behandlung auf einzelne Bedienstete durch den Vorstand, den Vorstandsvorsitzenden oder das für den jeweiligen Geschäftsbereich zuständige Vorstandsmitglied übertragen werden, soweit dies für eine rasche und zweckmäßige Geschäftsbehandlung erforderlich ist und die sachliche und rechtliche Ordnungsgemäßheit der Geschäftsbehandlung gewährleistet ist. Die Unterfertigung hat in diesem Fall ebenfalls mit der Klausel "für den Vorstand" bzw. „für den Vorstandsvorsitzenden“ bzw. "für das Vorstands-Mitglied" zu erfolgen. § 24 Abs. 6 AMA-Gesetz ist anzuwenden.

(3) Die einzelnen Mitglieder des Vorstands sind auch bei Übertragung der Zeichnungsberechtigung für die ordnungsgemäße Abwicklung der übertragenen Angelegenheiten verantwortlich.

Sonstige Pflichten des Vorstands

§ 7. Der Vorstand und die einzelnen Mitglieder des Vorstands haben die übrigen Organe der AMA bei der Durchführung ihrer Aufgaben zu unterstützen und ihnen insbesondere die erforderlichen Auskünfte zu erteilen und benötigte Unterlagen bereitzustellen.

Schlussbestimmungen

§ 8. (1) Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Kundmachung in Kraft.

(2) Gleichzeitig mit Inkrafttreten dieser Verordnung tritt die bisherige Geschäftsordnung des AMA-Vorstands, kundgemacht im Verlautbarungsblatt der AMA Nr. 23/2007 außer Kraft. Die gemäß § 6 der aufgehobenen Geschäftsordnung erteilten Zeichnungsbefugnisse bleiben solange aufrecht, bis sie gemäß § 6 dieser Geschäftsordnung aufgehoben oder abgeändert werden.

